

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Böse, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 g.
Bergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 g.
Verwaltungsanzeigen 10 g. Beilagen nach Uebereinkunft.

Völker-Frühling.

Frühlingsstürme durchbrausen das Land;
In den Wipfeln der alten Eichen
Berrt und raust es mit rauher Hand,
Denn der Winter will nicht weichen.
Weil das Abschiednehmen verdrießt
Diesen mürrischen, alten Gesellen,
Grimmig er Hagelpfeile schießt
Auf den Frühling, den jungen Rebellen.

Welch' ein grimmer, erbitterter Kampf
Lobet allnächtlich hoch in den Lüften,
Heber die Felder mit lautem Gestampfe,
In den Schluchten und in den Klüften! —
Allüberall, in Thälern, auf Höhn
Hört man des Winters Aechzen und Jammern,
Hört man sein Seufzen, sein Klagegestöhn,
Sieht man sein zähes Am-Alten-Klammern.

Aber der Frühling, der Neuzeit Sohn,
Muthvoll, unverdrossen und sieghaft,
Kämpft er gegen die Reaktion,
Bis er sich endlich selbst den Sieg schafft,
Bis den Winter zur Flucht er zwingt
Nach unsäglichem, harten Mühen,
Bis im Laubdach der Vogel singt
Und im Thale die Blumen blühen.

Ewiger Kampf! Ein uralter Streit
Zwischen dem Alten und dem Neuen,
Zwischen der alten, vergangenen Zeit
Und der Neuzeit jungfrischen Maiten!
Wer wird siegen? Ihr werdet es sehen!
Ob auch der Winter noch schalte und walte,
Bald ist es um seine Herrschaft gescheh'n,
Denn das Neue besiegt das Alte.

Hamburg, Mai 1899.

Brutus.

Zum Gewerkschaftskongreß.

Von Th. L.

Der Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. wird der erste sein, auf welchem die Existenzberechtigung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht mehr, wie dies früher der Fall, Gegenstand der Verhandlungen sein wird. Die Institution der Generalkommission ist vielmehr heute überall seitens der gewerkschaftlichen Verbände anerkannt und Niemand zweifelt mehr an der Nothwendigkeit des durch sie verkörperten Zusammengehens aller Zentralverbände.

Ob es angesichts dieser Thatsache zweckmäßig wäre, nunmehr die schon vor drei Jahren auf dem Berliner Kongreß angeregte Gründung eines deutschen Gewerkschaftsbundes vorzunehmen, mag dahingestellt bleiben. Die Vorzüge eines Gewerkschaftsbundes nach Art des schweizerischen lassen sich nicht leugnen, doch kann in Deutschland zweifellos mit der jetzigen Einrichtung das Gleiche erreicht werden. Formen und Namen thun hierbei nur wenig zur Sache.

Jedoch eine weitere Bervollkommnung unserer Institution der Generalkommission ist jetzt zur dringenden Nothwendigkeit geworden, soll sie die ihr naturgemäß zufallenden Aufgaben erledigen und sich die gegenwärtige Anerkennung auch in Zukunft erhalten. Es ist unbestritten, daß die äußerlichen Erfolge der General-

kommission in den ersten Jahren sehr geringe waren. Sie hat aber trotzdem gewiß viel Ausbringendes für unsere gewerkschaftliche Bewegung geleistet. Will man daran einen Maßstab legen, so darf man nicht vergessen, daß die Generalkommission lange Jahre hindurch nur einen einzigen Beamten zur Bewältigung der vielseitigen Arbeiten angestellt hatte, dem erst seit ungefähr zwei Jahren eine Hilfskraft beigegeben wurde.

Dieser Umstand erklärt Alles. Heute deswegen Vorwürfe zu erheben, sind wir nicht berechtigt, da die Gewerkschaften und auch die seitherigen Gewerkschaftskongresse sich an dieser Vernachlässigung mitschuldig gemacht haben. Wir wollen es auch unterlassen, eine Reihe bekannter Gründe als Erklärung hierfür zu erörtern. Worauf es uns vielmehr ankommen muß, ist, daß der diesjährige Kongreß in Frankfurt es nicht wieder unterläßt, hierin Wandel zu schaffen.

Wir halten es für eine unabwiesbare Pflicht des Gewerkschaftskongresses, die Zahl der angestellten Beamten der Generalkommission mindestens zu verdoppeln. Die Vermehrung der Gehaltsausgaben kann hierbei nicht in Betracht kommen. Die Zeiten, wo die Gewerkschaften gezwungen waren, selbst am Nöthigsten zu sparen, sind glücklicher Weise vorüber. Lange genug haben unsere Organisationen unter diesem Sparsystem schweren Schaden gelitten, bis endlich nach Ueberwindung hiesiger Widerstände der Grundsatz mehr und mehr Geltung

erlangt hat, daß die Leitung einer größeren Organisation mehr Zeit und Kraft erfordert, als einem auf die Ausübung seines Berufes angewiesenen Gewählten in seinen Feierabendstunden übrig bleiben, und daß die Angestellten im Dienste der Organisation auch eine angemessene Bezahlung finden müssen.

Wohl liegt in letzterer Beziehung bei einer ganzen Anzahl von Verbänden noch Vieles im Argen, aber in Bezug auf die Generalkommission darf trotzdem wohl gesagt werden, daß die Gehaltsfrage keine Rolle mehr spielen darf, wenn es sich darum handelt, den Nutzen der Generalkommission für die allgemeine Gewerkschaftsbewegung zu erhöhen und derselben diejenige Aktionsfähigkeit zu geben, welche wir seither vermissen mußten.

In diesem Sinne sind die nachfolgenden Anträge unseres Verbandsvorstandes aufzufassen, welche derselbe dem Gewerkschaftskongreß zur Annahme empfiehlt und welche in der letzten Nummer des „Correspondenzblatts“ der Generalkommission veröffentlicht wurden. Sie lauten:

„Der Kongreß wolle beschließen, um die Generalkommission aktionsfähiger zu gestalten und ihren Nutzen für die Verbände zu erhöhen, die Generalkommission zu beauftragen:

1. Neben den jetzigen beiden Beamten einen dritten mit entsprechendem Gehalt fest anzustellen, welcher die Aufgabe haben soll, das in den amtlichen Publikationen des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden (als Statistik des Deutschen Reiches, Jahresberichte der Fabrikinspektoren, der statistischen Landes-

und städtischen Aemtern etc.) ferner in den Berichten der Handels- und Gewerbevereine, der Versicherungsbehörden, Krankenkassen etc., sowie in Zeitungen und sonstigen Druckwerken sich immer mehr anhäufende Agitationsmaterial speziell für die Gewerkschaftsbewegung fortlaufend zu bearbeiten und den Gewerkschaften zur Ausnützung zugänglich zu machen.

2. Außerdem für das „Correspondenzblatt“ einen besonderen Redakteur anzustellen, mit der Verpflichtung, dasselbe zu einer allgemeinen Revue über die gesamte Gewerkschaftsbewegung auszugestalten. Das „Correspondenzblatt“ soll eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften enthalten, nicht nur über die Streikbewegung, sondern auch über die innere Einrichtung und Verwaltung der verschiedenen Organisationen, über wichtigere Diskussionen in den Fachblättern, besondere Eigentümlichkeiten einzelner Berufe und deren Einwirkung auf die Organisation, Auszüge aus den regelmäßigen Abrechnungen der einzelnen Verbände, Berichte über die Geschäftslage, über die Unternehmensorganisationen, über wichtige Prozesse etc. Dergleichen sind die unter 1. gedachten Arbeiten fortlaufend im „Correspondenzblatt“ zu veröffentlichen.

3. Alljährlich einen Jahresbericht der Generalkommission herauszugeben, welcher als Handbuch für alle wichtigeren Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann. In dem Jahresbericht sind die jährlichen statistischen Ausweise über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren Einnahmen und Ausgaben nebst der Streikstatistik zu veröffentlichen.

Diese Anträge enthalten ihre Begründung in sich selbst. Was den ersten anbelangt, so ist für Jeden, der halbwegs orientiert ist, die Thatsache klar, daß der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in jenen amtlichen und nichtamtlichen Publikationen oft eine solche Fülle von wertvollem Agitationsstoff geliefert wird, daß es geradezu eine Sünde wäre, wenn wir denselben noch länger unbenutzt lassen wollten. Die Dinge liegen nun aber so, daß fast alle Gewerkschaftsführer sich auf das Studium einer Zeitung beschränken müssen, daß all' das angeführte Material ihnen fremd bleibt, weil ihnen die Zeit fehlt, diese Druckwerke selbst nur zu einem geringen Theile zu lesen. Wohl wird in der Presse schon heute Vieles aus diesem Material veröffentlicht, aber nicht systematisch und vor Allem nicht gerade das, was speziell für die Gewerkschaften werthvoll ist. Darum wäre hier ein Beamter der Generalkommission durchaus am Platze, dem allein diese Aufgabe als Beruf übertragen würde. Denn nach Feierabend kann dies Studium nicht getrieben werden, vielmehr würde, sollte es gründlich geschehen, selbst die volle Kraft eines Mannes dazu nicht einmal ausreichen. Aber dies kann kein Argument gegen den Vorschlag sein, da der eine Angestellte ganz zweifellos den Ansprüchen genügen kann, die heute und in absehbarer Zeit an ihn zu stellen wären.

Daß ferner das heutige „Correspondenzblatt“ selbst den bescheidensten Ansprüchen kaum gerecht wird, kann von Niemand geleugnet werden und ist auch von der Generalkommission nicht bestritten worden. Auch dieser jetzige Mangel hat seine Ursachen, die wir rundweg anerkennen müssen. Da die Zweckmäßigkeit, ja Unentbehrlichkeit eines solchen gewerkschaftlichen Zentralorgans auf der Hand liegt, so ist wohl darauf zu rechnen, daß auch die Nothwendigkeit der besseren Ausgestaltung des „Correspondenzblatt“ auf dem Gewerkschaftskongress allseitige Anerkennung finden wird. Und nach dieser Richtung gehen die Anforderungen des Antrages unseres Vorstandes nicht zu weit, wenn er einen besonderen Redakteur für das Blatt angeht wissen will. Es könnte zwar auch hier eingewendet werden, daß ein Redakteur für diesen vielseitigen Inhalt zu wenig wäre, daß die Leistungsfähigkeit eines Einzelnen nicht ausreichen würde. Jedoch ist dieser Einwand auch hier zurückzuweisen, da ein einzelner Redakteur immerhin ganz Ansehnliches zu leisten vermag, derselbe außerdem ja auch in dem im ersten Antrage geforderten Beamten eine wesentliche Stütze haben würde. Im Uebrigen bedarf der weitere Inhalt dieses zweiten Antrages nach unserer Meinung einer Begründung nicht. Es handelt sich nicht bloß um die Mitglieder der verschiedenen Zentralverbände, sondern auch um sämtliche Verwaltungsmitglieder der einzelnen Fachstellen, welche alle aus einer solchen Orientierung über die wichtigsten Vorgänge im gesamten Gewerkschaftsleben nur Vortheil ziehen, lernen können zum Nutzen der eigenen Organisation und der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Als vor drei Jahren auf dem Berliner Kongress von der Generalkommission selber eine Erweiterung des „Correspondenzblatt“ beantragt war, haben wir diesen Antrag deswegen bekämpft, weil die Umänderung in dem Sinne geplant war, daß das Blatt zugleich von einzelnen Gewerkschaften als Verbandsorgan benutzt werden sollte. Eine dergleichen Meinung müssen wir auch diesmal ablehnen. Wir wünschen vielmehr den jetzigen Charakter des „Correspondenzblatt“ als solchen zu erhalten, nur soll es durch entsprechende Ausgestaltung auch wirklich seiner Bestimmung genügen.

Der letzte Antrag kann als der minder wichtige gelten, aber auch seine Annahme ist nur zu empfehlen, da ein solcher regelmäßiger Jahresbericht der General-

kommission entschieden agitatorisch verwendbar wäre. Die Bezeichnung „Handbuch“ darf natürlich nicht zu der Annahme verleiten, daß der Antrag übertriebene Anforderungen an diese Jahresberichte stellen will. Es kann damit nur die Form gemeint sein, in welcher das gegebene Material, leicht übersichtlich und bequem benutzbar, in dem Bericht geordnet und bearbeitet sein sollte. Die Ausführung könnte der Generalkommission unbedenklich überlassen bleiben, in der Gewißheit, daß die Berichte von Jahr zu Jahr vollkommener und damit zugleich werthvoller ausfallen werden.

Nun entsteht die Frage, ob auch die Verwirklichung dieser Vorschläge bei den jetzigen Einnahmen der Generalkommission möglich ist, zumal dem Gewerkschaftskongress noch der weitere, ebenso wichtige Antrag auf Schaffung einer Zentralstelle für die Anwendung der Arbeiterversicherungsgefesetze vorliegt, wie die Konferenz der Gewerkschafts-Redakteure sie angeregt hat. Soweit uns die geplante Ausführung dieses Vorschlages bisher bekannt geworden ist, sind wir damit keineswegs einverstanden und zweifeln auch, daß der Kongress in seiner Mehrheit darauf eingeht. Jedoch treten auch wir dafür ein, daß die Generalkommission beauftragt wird, auf diesem Gebiete thätig zu sein und dahin zu wirken, daß die organisierten Arbeiter von den ihnen in der Versicherungsgefesetzgebung eingeräumten Rechten und Befugnissen in vollem Umfange Gebrauch machen. Zweifellos ist das ein Gebiet, wo die Gewerkschaften für sich und die allgemeine Arbeiterschaft noch mancherlei praktische Erfolge erringen können. Daß dazu eine besondere, kostspielige Zentralstelle nöthig ist, glauben wir nicht, so daß die Ausführung der drei Anträge unseres Verbandsvorstandes dadurch finanziell kaum beeinträchtigt werden wird.

Nach unseren Berechnungen können die Vorschläge so, wie sie gemeint sind, verwirklicht werden, ohne eine Erhöhung des Beitrages an die Generalkommission. Infolge der erheblichen Vermehrung der Mitgliederzahl in allen Verbänden sind die Einnahmen der Generalkommission in bedeutend höherem Maße gestiegen, als ihre laufenden Ausgaben. Und daß sie schon früher Ueberschüsse aus den Einnahmen erzielte, ist bekannt.

Für eine Beitragserhöhung wären wir also gegenwärtig nicht zu haben, weil wir sie nicht für erforderlich halten. Dazu kommt noch, daß unser Verbandstag in Göttingen unsere Delegierten zum Gewerkschaftskongress verpflichtet hat, gegen jede Erhöhung des Beitrages an die Generalkommission zu stimmen. Bei dieser Beschlussfassung auf dem Verbandstage konnte natürlich mit der nun nach Jahr und Tag beantragten Erweiterung und Vervollkommnung der Generalkommission noch nicht gerechnet werden, womit gesagt sein soll, daß der nächste Verbandstag eine aus diesem Anlaß begründete Beitragserhöhung gewiß ablehnen würde. Aber es sprechen gegenwärtig auch noch andere Gründe gegen eine vermehrte Belastung der einzelnen Verbände, weshalb wir dieselbe gegenwärtig in jedem Falle ablehnen müssen.

Möge der Kongress in Frankfurt also der Generalkommission die Aufgabe erteilen, mit den gegenwärtigen, vorläufig zureichenden Mitteln die empfohlenen Anträge zur Ausführung zu bringen. Der Nutzen aus denselben wird allen Gewerkschaften sehr bald zu Gute kommen.

Bereinigung deutscher Möbelfabrikanten und Tischlermeister zur Abwehr unberechtigter Forderungen der Arbeiterschaft.

Unter diesem etwas langathmigen Titel will Herr Georg Tripp in Kassel, im Auftrage vereinigter deutscher Möbelfabrikanten eine neue Unternehmenskoalition begründen, wie er seinen Fernverwandten „streng vertraulich“ mittheilt. In seinem Anschreiben führt der Herr aus:

Es liegt auf der Hand, daß die Verwirklichung der gewiß praktischen und wünschenswerthen Idee wesentlich gefördert und erleichtert wird, wenn eine möglichst große Zahl geachteter und maßgebender Fabrikanten in verschiedenen Theilen Deutschlands sich zu einem Verbände zusammenschließen.

Ueberzeugt, daß angehts der immer schwieriger sich gestaltenden Arbeiterverhältnisse, welche eine energische Stellungnahme der Arbeitgeber dringend herausfordern, unsere Anregung bei Ihnen die rechte Würdigung findet, bitten wir Sie freundlich, unsere Bestrebungen durch Unterzeichnung der dem Entwurf beigelegten Beitrittserklärung gütigst unterstützen zu wollen. Eine Reihe größerer Firmen hat bereits ihre Unterschrift gegeben.

Wir hoffen bestimmt, daß der Verband auf der geplanten Basis zu Stande kommt und seinen Mitgliedern in der Stunde, wo ihre eigenen Interessen durch die immer mehr anschwellenden Ansprüche der Arbeiterschaft gefährdet werden, werthvolle Dienste leisten wird.

Wir bitten höflich, dieses Schreiben nebst Aufsatze den größeren Firmen Ihres Platzes vertraulich zu unterbreiten, und wollen Sie Beitrittserklärungen, sowie sonstige Mittheilungen gütigst innerhalb acht Tage an den Unterzeichneten gelangen lassen, welcher auch zu weiteren vertraulichen Auskünften gern bereit ist.

Dies „vertrauliche“ Schreiben, dessen Kenntnisaufnahme nicht nur für die Meister, sondern auch für die Gesellen von Werth ist, hat folgenden Wortlaut:

Aufruf an die Herren Möbelfabrikanten und die Tischlerinnungen Deutschlands.

Ist eine Vereinigung der Möbelfabrikanten und Tischlermeister möglich und für dieselben von Vortheil???

Der fortwährende Druck, den die organisierte Arbeiterschaft auf den Arbeitgeber ausübt, um ihren immer größer werdenden und theilweise frivolen Forderungen Geltung zu verschaffen, indem sie über einzelne Betriebe direkte Sperre verhängt, hat in den Kreisen der Arbeitgeber zu einer Erörterung der Mittel und Wege geführt, die eingeschlagen werden könnten, um den sich immer ungesunder gestaltenden Verhältnissen wirksam entgegen zu treten.

Die Forderungen der Arbeiter haben nachgerade eine derartige Höhe erreicht, daß die Bewilligung derselben eine schwere Schädigung der deutschen Industrie bedeutet. Ungesund sind die Verhältnisse hauptsächlich deshalb, weil hinter der Arbeiterschaft die Führer der Sozialdemokratie stehen, welche in erster Linie Nutzen aus der Kraftprobe der Arbeiter für ihre Sonderbestrebungen zu ziehen suchen, die sich gegen das Kapital und die Gesellschaftsordnung richten.

Seit Jahren machen die Arbeitgeber die Erfahrung, daß die Organisation sich immer fester zusammenschließt. Der einzelne Arbeitgeber steht, selbst wenn er die größten Opfer bringt und selbst Forderungen bewilligt, die eine schwere Schädigung seiner Interessen in sich schließen, immer von Neuem machtlos weiteren Ansprüchen gegenüber.

Ist es unter solchen Verhältnissen nicht Pflicht der Fabrikanten und Meister, ihrerseits ebenfalls eine Vereinigung zu bilden, die in der Lage ist, den Kraftproben der Arbeiterschaft entgegen zu treten?

Es ist dies um so mehr Pflicht eines Jeden, weil bei anderen Industriezweigen derartige Schutzverbände längst bestehen und, wie die Erfahrung lehrt, zu volstem Nutzen ihrer Mitglieder arbeiten.

In Fabrikantenkreisen wird beabsichtigt, sobald eine genügende Anzahl Firmen ihren Beitritt auf Grund nachstehender Bedingungen in Aussicht gestellt hat, an einem im Mittelpunkte Deutschlands gelegenen Orte zu geeigneter Zeit einen Kongress deutscher Möbelfabrikanten einzuberufen, worüber einem Jeden vom Sekretariat rechtzeitig Mittheilung zugeht. Auf diesem Kongresse soll über die Grundzüge beraten werden, unter welchen eine Vereinigung zum Schutze gegen die Organisation der Arbeiterschaft gebildet werden kann.

Angehts der großen, die vitalsten Interessen jedes Arbeitgebers berührenden Wichtigkeit des Gegenstandes ist die Beitrittserklärung, sowie das Erscheinen jedes Fabrikanten und Meisters oder eines Deputierten der verschiedenen Tischlerinnungen dringend erwünscht.

Eventuell wird um gest. Mittheilung gebeten, ob Sie der Sache im Prinzip zustimmen und sich den in der Versammlung gefaßten Beschlüssen anschließen werden.

Die vorläufige Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: 1. Zwanglose Besprechung. 2. Wahl eines provisorischen Vorsitzenden. 3. Erörterung der Grundzüge einer Vereinigung zum Schutze gegen das Vorgehen der Arbeiterschaft und Festsetzung der Mittel zum wirksamen Begegnen der über einzelne Betriebe verhängten Sperren. 4. Beitrittserklärungen und Verpflichtungen der einzelnen Fabrikanten und Innungen. 5. Wahl eines Comités und zweier Vertrauensmänner resp. deren Stellvertreter für die einzelnen Provinzen.

Möglich erscheint die Bildung einer Vereinigung unter folgenden Grundbedingungen:

Die Fabrikanten und Meister verpflichten sich durch Unterlegung eines Schweregeldes, dessen Höhe sich je nach der Zahl der im Betriebe beschäftigten Arbeiter zwischen M. 800 bis M. 1500 bewegt, zur Unterhaltung der folgenden Bestimmungen: 1. Nicht im Betriebe eines Verbandsmitgliedes ein vom Zaune gebrochener Streik aus, resp. wird von Seiten der Arbeiter eine Sperre über den Betrieb eines Mitgliedes verhängt, so haben die Vertrauensmänner der betreffenden Provinz resp. deren Stellvertreter nach erhaltener Anzeige in eine Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle einzutreten und nach Möglichkeit eine gütliche Beilegung herbeizuführen.

Ist dies nicht zu erreichen und gelangen die Vertrauensmänner zu der Ueberzeugung, daß ein Eintreten des Verbandes im Interesse aller Mitglieder notwendig erscheint, so haben die Vertrauensmänner die Pflicht, sich sofort mit dem Statutarischen Zentralverband der Arbeiter in Verbindung zu setzen. Sie haben dem Verband Mittheilung zu machen, daß, wenn die Sache nicht innerhalb einer gewissen Frist — längstens aber nach acht Tagen vom Ausbruch des Streiks oder der Verhängung der Sperre an gerechnet — geregelt ist, sämtliche Fabrikanten, welche dem Verbands angehören, solidarisch ihren vollständigen Betriebe so lange einstellen, bis die Arbeit in dem betreffenden Betrieb wieder aufgenommen ist. Angenommen, es betheiligen sich vorläufig nur 200 Fabrikanten mit durchschnittlich je 50 Arbeitern an dem Verband, so wird, falls bei einem Mitgliede Streik ausgebrochen ist, welcher nicht beigelegt werden kann, durch das solidarische Vorgehen der Verbandsmitglieder eine Arbeiterzahl von 10000 Mann außer Thätigkeit gesetzt.

Die Zentralverbandskasse hätte dann, wenn auch nur M. 150 pro Mann und pro Tag von ihr vergütet werden, täglich nicht weniger als M. 15000 sogenannte Streikgelber zu zahlen.

Es liegt für jeden Arbeitgeber klar auf der Hand, daß die Kasse des Zentralverbandes nicht lange diese Opfer bringen kann und schon bald gesprengt sein dürfte.

Eine einmalige derartige solidarische und mit der nöthigen Energie durchgeführte Stellungnahme der Arbeitgeber dürfte weiteren Kraftproben und frivolen Ansprüchen der Arbeiter wohl eine Grenze setzen.

Es soll, wie ausdrücklich betont wird, die Vereinigung keineswegs zu dem Zwecke geschaffen werden, um einen Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben, oder den Sonderinteressen des einen oder anderen Fabrikanten zu dienen.

Grundsatz soll sein, daß Einer für Alle und Alle für Einen einstehen, um unberechtigten und ohne schwere Schädigung der natürlichen Interessen nicht erfüllbaren Forderungen der Arbeiter den nöthigen Widerstand zu leisten.

Als solche unberechtigte Forderungen wären beispielsweise zu erwähnen:

- 1. Garantie des Wochenlohnes bei Akkordarbeiten, 2. acht- oder neunstündige Arbeitszeit, durch welche der Arbeiterbedarf um 10-15 pCt. steigt und weitere Lohn-erhöhungen erzwungen werden,

8. die Zulassung von Arbeiterkommissionen zur Prüfung von Streitigkeiten im Betriebe, wodurch der Arbeitgeber nicht mehr Herr im eigenen Hause sein würde,
 4. frivole und übermäßige Lohnverhöhnungen u. A. m. Um im Falle der Nothwendigkeit einheitlich handeln zu können, erscheint es zweckmäßig, daß die Verbandsmitglieder möglichst gleichlautende Arbeitsordnungen in ihrem Betriebe einführen.

Hierfür zu wirken und nach dieser Richtung mit praktischen Vorschlägen zur Hand zu gehen, soll ebenfalls Aufgabe des Verbandes sein.

Um den Fabrikanten und Meistern den Beitritt zum Verbandsmitglied zu erleichtern, sollen zur Bestreitung der Kosten für Zentralleitung, Post, Drucksachen, Reisen der Vertrauensmänner, Agitations- und Versammlungskosten z. Jahresbeiträge von M. 20-50 pro Mitglied, je nach Zahl der beschäftigten Arbeiter, erhoben werden, und bleibt nähere Festsetzung hierüber dem Beschluß der Versammlung vorbehalten.

Wir enthalten uns einstweilen jeglicher Kritik dieses „meisterlichen“ Machwerks und wollen abwarten, bis die Vereinigung in's Leben tritt. Hoffentlich wird man Herrn Georg Tripp, dessen Haupt diese geniale Idee entsprungen ist, zum wohlbestallten ersten Vorsitzenden wählen. Wir gratulieren im Voraus zu dem Posten.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter in Mannheim.

Es dürfte wohl wenig Orte in Deutschland geben, in welchen eine Lohnbewegung gründlicher vorbereitet worden wäre, als die der Schreiner und Drechsler in Mannheim.

Im Jahre 1896 hatte eine Bewegung in diesen Berufen stattgefunden, die zum Ziel hatte die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit einschließlich der Frühstücks- und Vesperpause, einen Minimallohn von 35 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und Vesperbezahlung der Ueberstunden. Die mangelhaften Verhältnisse des Zentralstreikfonds um jene Zeit, hervorgerufen durch den Lauterberger Streik, waren hauptsächlich die Ursache, daß wir unseren Forderungen nicht den nötigen Nachdruck geben konnten. Es wurde aber im Allgemeinen eine Besserung der Arbeitsverhältnisse erreicht; die Arbeitszeit vor allen Dingen auf höchstens zehn Stunden reduziert.

Die Jahre 1897/98 waren hauptsächlich organisatorischer Arbeit gewidmet. Durch Zuführung der Arbeiter in den Hölzer- und Sägewerke in den Verband, durch Organisation der Schreiner in den großen Maschinenfabriken, war es uns möglich, die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle zu verdoppeln, und den Arbeitern dieser Kategorien wesentliche Vorteile zu verschaffen. Im Sommer des Jahres 1898 konnte man daran denken, für die Schreiner, die den Hauptstamm unserer Mitgliedschaft bilden, bessere, vor allen Dingen aber möglichst gleichmäßige Verhältnisse herbeizuführen.

Durch mündliche Umfrage, die in den Monaten November und Dezember vorigen Jahres bei den Arbeitern der betreffenden Berufe in ca. 30 Werkstätten vorgenommen wurden, konnte festgestellt werden, daß in Mannheim 659 Schreiner beschäftigt sind; Drechsler, außer denen, die in Schreinereien arbeiten und mit diesen gezahlt wurden, gab es 12. Die Arbeitszeit der Schreiner betrug für 363 Mann 9 $\frac{1}{2}$ Stunden täglich, für 306 Mann 10 Stunden. Die Arbeitszeit der Drechsler betrug 10 Stunden, bis auf 2 Werkstätten, wo Roth und Logis arbeiten mußten.

Die Löhne der Schreiner differirten zwischen M. 2,70 und M. 5 pro Tag, doch gab es in der relativ ungünstigen Jahreszeit der Erhebungen nur 51 Arbeiter, die weniger als M. 3,50 Tagesverdienst hatten. Das Ziel der begonnenen Lohnbewegung konnte weniger darauf gerichtet sein, eine wesentliche Besserung der Lohnverhältnisse zu erreichen, als darauf, dieselben möglichst gleichmäßig zu gestalten.

In einer großen Holzarbeiterversammlung zu Beginn dieses Jahres wurde nach einem Bericht über die Ergebnisse der Erhebung beschlossen, daß die Schreiner und Drechsler von ihren Meistern verlangen sollen: 1. Die 9 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit mit 1 $\frac{1}{2}$ stündiger Mittagspause; 2. einen Minimallohn von 36 $\frac{1}{2}$ pro Stunde; 3. 25 pCt. Zuschlag für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit; 4. Aushängung einer Arbeitsordnung, in welcher obige Punkte enthalten sind.

Diese Forderungen wurden Mitte Februar den beteiligten Meistern sowohl, als auch der Schreinermeister-Vereinigung zugestellt, und zugleich die Bereitwilligkeit der Lohnkommission ausgesprochen, in Verhandlungen über diese Angelegenheit einzutreten. Dieses Angebot wurde aber von der Meistervereinigung, die circa 40, meist recht kleine Kräfte umfaßt, brüsk zurückgewiesen. Die Lohnkommission arbeitete nunmehr eine dem vierten Punkt der Forderungen entsprechende Arbeitsordnung aus, gab aber dem Punkt 2, der anscheinend den Meistern besonders schwer im Magen lag, einen Zusatz, nach welchem in außerordentlichen Fällen auch weniger, als der verlangte Minimallohn gezahlt werden durfte, jedoch nur im Einverständnis mit den übrigen Arbeitern. Einige Meister hängten diese Arbeitsordnung sofort aus; ein Theil der übrigen folgte, als ihnen am 10. d. M. die auf den 22. April lautende Kündigung zugestellt wurde.

Schon in einer früheren Versammlung war beschlossen worden, daß in den Geschäften, in welchen die Schreiner nur einen kleinen Bruchtheil der Gesamtarbeiterzahl ausmachen (Maschinenfabriken, Baugeschäfte z.), von einer strengen Durchführung der Forderung Abstand zu nehmen sei. In der Versammlung am 22. April konnte konstatiert werden, daß von etwa 350 noch in Betracht kommenden Schreiner und Drechsler etwa 150 in Werkstätten arbeiten, in welchen die verlangte Arbeitsordnung ausgehängt ist. Eine weitere Anzahl von Meistern hat die gestellten Forderungen anerkannt, weigert sich aber, sich durch Aushängung der verlangten Arbeitsordnung zu binden.

Infolge einer Anregung wurde in dieser Versammlung nochmals ausdrücklich beschlossen, daß nur der Aushang der Arbeitsordnung als Anerkennung unserer Forderung zu betrachten sei. In den Streik eingetreten sind am 22. April ca. 100 Mann. Die genaue Feststellung der Zahl müssen wir uns auf Montag, den 24. April, dem ersten Appelltag der Streitenden, vorbehalten.

Die Geschäftskontinuität ist eine überaus günstige, so daß ein allerdings nicht zu erwartender Mißerfolg nur die Folge einer unverantwortlichen Feigheit der hiesigen Kollegenhaft sein dürfte.

Es verlautet, daß einzelne Meister sich mit dem Plane trugen, ihre Arbeiten auswärts anfertigen zu lassen; wir ersuchen daher die Kollegen in der weiteren Umgebung, wie Kaiserlautern, Karlsruhe, Weiblich z., diese Angelegenheit im Auge zu behalten.

Rundschau.

Der berühmte Bürgermeister von Wilsdruff erläßt folgende

Bekanntmachung, Holzarbeiterausstand betreffend.
 Es ist wahrgenommen worden, daß seitens der ausständigen Holzarbeiter Versuche gemacht werden, von auswärts kommende Arbeiter abzufangen und durch allerhand Mittel zur Umkehr zu bestimmen.

Unter Hinweis auf § 153 der Reichsgewerbeordnung und § 360 Biffer 11 der Strafgesetzbuchordnung wird hiermit das Postenstellen einzelner oder mehrerer Ausständiger am Bahnhofe oder an den Eingängen der Stadt, das truppweise Umhergehen und Auf- und Abgehen Ausständiger am Bahnhofe, in der Bahnhofstraße und an den Eingängen der Stadt auf die Dauer des Ausstandes verboten.

Es wird nach Befinden sofort mit Haft gestraft, gegen die Führer und Aufweiger aber die zeitweise Ausweisung aus dem Amtsgerichtsbezirke beantragt werden.
 Wilsdruff, 11. April 1899.

Der Bürgermeister. Wurflin.
 Wieder einmal ist der Staat gerettet!

Ein netter Gesehentwurf ist im Anhaltischen Landtage angenommen worden. Der § 6 lautet:

Landwirtschaftliche Arbeiter, welche die Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern unter einander verabreden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Die Anstifter unterliegen der gleichen Strafe, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind.

Dies geht sogar über das hinaus, was in Preußen Rechts ist, denn hier können wegen Anstiftung zum Streik nur landwirtschaftliche Arbeiter bestraft werden, während in Anhalt auch alle anderen Leute dem famosen § 6 unterliegen sollen. Der Gesehentwurf ist ein Wahrzeichen der Zeit: Nicht nur, daß man den Landarbeitern noch immer das Koalitionsrecht vorenthält — man verschärft auch die Strafen für seinen „unrechtmäßigen“ Gebrauch.

Sozialistendebate im altenburgischen Landtage.

Zu einer stürmischen Sitzung kam es letzte Woche im altenburgischen Landtage, als Abgeordneter Rappier in kräftiger Weise eine Interpellation begründete, die sich auf die Schwächung des Koalitionsrechtes in Altenburg durch Versammlungsverbote für ganze Bezirke bezog. Er wurde mehrere Male durch den Präsidenten unterbrochen, der mit Wortentziehung drohte. Staatsminister v. Hellborn wurde durch die Rede veranlaßt, in höchst erregtem Tone zu verkünden, daß die Regierung auf Mittel und Wege sinne werde, um für die Zukunft derartige Neben im Landtage unmöglich zu machen! Der Geh. Staatsrath v. Worries, der die Interpellation beantwortete, vertieg sich dabei mit dankenswerther Offenheit zu dem Sage: „Ueber dem Koalitionsrecht der Arbeiter steht das Recht des Bürgers auf Friede, Ruhe und Ordnung!“

Das Bürgerthum will eben seine Ruhe haben, mögen die Arbeiter darob auch körperlich und geistig zu Grunde gehen.

Ein sozialdemokratischer Obermeister. Unter dieser Ueberschrift bringt „Der deutsche Tischlermeister“ folgende Notiz:

„Der erste Vorsitzende der sozialdemokratischen Landesorganisation in Baden ist, wie der „Vorwärts“ triumphierend berichtet, zum Obermeister der Schuhmacher-Zwangsinnung in Freiburg i. Br. gewählt worden. Friedrich Haug, heißt der Herr. — Die Sache mit dem neuen Handwerkergesetz hängt nett an, und wenn das Handwerk nicht auf dem Posten ist, so kann sie noch netter werden. Denn es unterliegt kaum einem Zweifel, daß demnächst in allen Innungen Sozialdemokraten sitzen werden, weil ja alle einen Gesellenauschuss haben müssen und die Gesellen fast alle Sozialdemokraten sind, wenn auch mehr oder weniger unter dem Druck der Genossen.“

Jedenfalls werden die Innungen sehr auf dem Posten sein müssen, wenn das sozialdemokratische Gift nicht in's Handwerk bringen soll! — Armes Handwerk, welchen Experimenten wirst du ausgesetzt! Hoffentlich wird es sich eines Tages auf das Sprüchwort „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ besinnen und sich mit einem Ruck aller Quackalber entledigen, die mit Versprechungen und Bepredungen und allerlei Hokusfokus es in seinem natürlichen Gesundungsprozeß hemmen und — im Uebeln fischen.“

Die Angst vor der Sozialdemokratie treibt in den Köpfen der Innungsleute doch sonderbare Blüten. Komisch berührt die Bemerkung, daß die Gesellen Sozialdemokraten sind unter dem Druck der Genossen. Also brüden sie sich gegenseitig!

Ueber das Werk der Arbeiterorganisationen macht der letzte Jahresbericht der württembergischen Fabrikinspektion folgende treffende Bemerkungen:

Nach unserer Ansicht ist eine ehrliche gegenseitige Verständigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei gut organisirten Arbeitern weit eher möglich, als mit den einzelnen Arbeitern, und die Arbeitgeber sollten sich daran gewöhnen, in den Organisationen nicht ihre prinzipiellen Gegner zu erblicken, sondern diese eher fördern als bekämpfen.

An einer anderen Stelle wird die Organisation eine „zeitgemäße und gerechte Forderung der Arbeiter“ genannt, und das lebhaft Bedauern wird ausgesprochen, daß die Zahl der Unternehmer so gering sei, die dies einsähen.

Ueber die Gewerkschaften heißt es in demselben Berichte: Sie erstreben die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse besonders in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit, sowie die Hebung von Gesundheit und Sittlichkeit, vor Allem bei den weiblichen und jugendlichen Arbeitern, ferner die Förderung der Rechte und Interessen ihrer Mitglieder durch Aufklärung und Bildung, durch Unterstützung in Krankheits-, Invaliditäts- und Sterbefällen, bei Arbeitslosigkeit, und in außerordentlichen Nothfällen durch Gewährung von Rechtschutz und durch das Herbergsstellen.

Im Allgemeinen verhalte sich die Großindustrie den Arbeiterorganisationen gegenüber meist indifferent, einzelne hervorragende

Unternehmer sympathisirten grundsätzlich mit ihnen, andere lehnten sie schroff ab. „Die Abneigung gegen die gewerkschaftlichen Organisationen wird mit dem politischen Verhalten einzelner ihrer Mitglieder zu erklären versucht — wohl mit Unrecht, denn in den meisten Fällen waren es immer nur wirtschaftliche und nicht politische Fragen, die das gegenseitige Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestört hatten.“

Die Verbände halten sehr viel darauf, erfahrene und gelehrte Männer in ihrer Mitte zu haben, die auch bei der fernstehenden Arbeiterschaft Achtung und Ansehen genießen, weil bei irgend welchen Erschütterungen, bei Lohnbewegungen z., es im Interesse des Gelingens liegt, wenn die Bewegung durch erfahrene Leute, deren Urtheil man auch anderwärts Vertrauen entgegenbringt, getragen wird. Die gesammte Industriearbeiterschaft, ohne Unterschied der Partei und der Konfession, ist von dem ernstesten Streben durchdrungen, den Arbeiterstand geistig und sittlich zu heben.

Graf Bosadovsky, der Minister für „Sozialpolitik“, und die Scharmacher von Bued bis Stumm und die Granden Ostelbiens mögen diesen Bericht mit Sorgfalt durchlesen. Er ist ihnen leicht zugänglich und stammt nicht etwa aus einem „wilden“ Lande, sondern ist verfaßt von den königlich württembergischen Gewerbeinspektoren.

Einem interessanten Einblick in die Seele eines patriotischen Zeitungsschreibers gewährt ein Artikel des „Schwarzwalder Boten“, der einen Besuch des württembergischen Königspaars in Oberndorf a. N. schildert. Die Einleitung des schwungvollen Nachwerks lautet:

„Es war ein banges Warten, bis heut die Sonne schien. Und sie schien heute unserer Stadt, die Sonne des Him m e l s, welche strahlend sich erhob, nachdem noch in der Frühe des Tages Schnee das Gefilde bedeckt und lustig die Blüten niederwirbelten. Es schien unserer Stadt die Sonne des G l ü c k s und der F r e u d e, die uns ihre Majestäten, unser in Ehrfurcht geliebter König und seine hohe Gemahlin, die geliebte Königin, durch ihren allerhöchsten Besuch erwiesen haben. Und wir tauchten uns in die Gluthen dieses G l ü c k e s, wir genossen die W o n n e, die uns der heutige Tag erhabensten Gedankens vergönnt hat. Wochenend H e r z e n s sah unsere Einwohnerschaft dem Besuch Ihrer Majestäten entgegen und im Festgewande harrte ihrer die Stadt.“

Ein verkrachter Ausbenterrung. Aufgelbst soll sich die vor etwa zwei Jahren in's Leben gerufene Streikversicherung „Industrie“ haben. Das Unternehmen, dessen Zweck die Schadloshaltung der Arbeitgeber bei Ausständen bildele, scheiterte daran, daß es nicht möglich war, die notwendige Anzahl von Arbeitgebern zum Anschluß an die Versicherung zu bewegen, und es infolge dessen an den erforderlichen Geldmitteln fehlte.

Wozu sollen sie auch Geld aufbringen? Der Staat übernimmt ja durch Buchthausgesetze die Fürsorge dafür, daß die armen Unternehmer nicht unter Streiks zu leiden haben.

Düsseldorf, Mitte April. Wie die „Düsseldorfer Bürger-Zeitung“ mittheilt, wurde in einer am 14. d. Mts. in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung von Vertretern rheinisch-westfälischer Fabrikantenvereine beschlossen, die Bildung einer zunächst über Rheinland und Westfalen sich erstreckenden Vereinigung zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber anzustreben. Für die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisationen spricht diese kurze Notiz ganze Bände, flügt das Blatt richtig hinzu.

Folgenden beachtenswerthen Aufruf erläßt das Grimmitzthauer Gewerkschaftsamt an die Arbeiter:

„Wir fordern alle Arbeiter, welche ihre Arbeitgeber wegen Verstoßes gegen die Gewerbe- resp. Fabrikordnung vor das Gewerbegericht zitiren wollen, auf, sich von keiner Seite beeinflussen zu lassen, sondern darauf zu bestehen, daß ihre Klage zu Protokoll genommen wird. Sollte ihnen in dem vorerit anberaumten Sühnetermine ihr Recht nicht werden, so haben sie den Entschluß des Gewerbegerichts zu fordern.“

Bauarbeiterschuss-Kommission. Die Nürnberger Bauhandwerker beabsichtigen, eine Bauarbeiterschuss-Kommission für ganz Bayern mit dem Sitze in Nürnberg zu errichten. Die Kommission soll an allen Orten Material sammeln und dieses der Generalkommission in Hamburg übermitteln. Das gewonnene Material soll auch mit einer Denkschrift der Bayerischen Abgeordnetenversammlung unterbreitet werden.

Popularisirung der Arbeiterversicherungsgesetze.

An den Nürnberger Knabenfortbildungsschulen wird ab 1900 ein Kursus in den Arbeiterversicherungsgesetzen eingerichtet. Die Kosten der Lehrmittel trägt die Stadt. Als Lehrbuch wird der vom Kaiserlich Statistischen Amt herausgegebene Leitfaden der Versicherungsgesetze benutzt.

Sozialpolitische Einflüchtlosigkeit im Münchener Rathhause.

Die Münchener Holzarbeiter hatten in einer am 26. Februar abgehaltenen großen Versammlung eine Resolution angenommen, laut welcher der Magistrat ersucht wird, er wolle das Stadtbauamt beauftragen, daß bei Submissionen nur derjenige Unternehmer den Zuschlag erhält, der erstens sich zur Zahlung und Garantie des Tagelohnes von M. 4,50 verpflichtet und zweitens sich verpflichtet, die zwischen den Holzarbeitern und der Meisterschaft vereinbarte Arbeitszeit von 9 $\frac{1}{2}$ Stunden täglich und die Werkstattdrängung einzuhalten. Diese Resolution wurde dem Magistrat übergeben. Oberbaurath Schwiening empfahl nun heute dem Magistrat, auf diesen Antrag nicht einzugehen. Der Magistrat wolle ummöglich eine Gruppe von Arbeitgebern bevorzugen, auch dürfe er sich nicht in das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber einmischen. Von den Rathsherren verlangte Niemand das Wort. Das Ersuchen der Holzarbeiter wurde stillschweigend begraben.

Das Arbeitersekretariat München hat seinen ersten Geschäftsbericht für das Jahr 1898 veröffentlicht. Die Gewerkschaften haben für dieses Institut M. 7452,57 aufgebracht. Ausgegeben wurden M. 5799,45. In Anspruch genommen haben das Sekretariat vom 1. März bis 31. Dezember 5835 Personen. Der Bericht der Sekretäre gewährt einen umfassenden Einblick in die Thätigkeit derselben und giebt den Arbeitern dankenswerthe Aufschlüsse über kritische Fragen. Ferner ist dem Besuche ein Bericht

über den Stand der Gewerkschaftsorganisationen beigefügt, der in sieben Tabellen Auskunft giebt über die Bewegungstafeln, Einnahmen und Ausgaben, Arbeitsnachweis, Bibliotheken, Versammlungen und Vorträge. Weitere Tabellen geben Auskunft über Lohnbewegungen und Streiks und über die Tätigkeit des Gewerkschaftsvereins München. Ein besonderes Kapitel ist dem Schreinerstreik gewidmet. Schließlich folgt eine spezielle Darstellung der Unternehmenseinrichtungen in den Gewerkschaften. Der Bericht der Sekretäre Mühlbauer und Tinnm ist eine Arbeit allerersten Ranges zu nennen, welche die uneingeschränkte Anerkennung verdient.

An die Arbeitersekretariate, Gewerkschaftskartelle, Gewerkschaftsverwaltungen usw. ergeht im „Vorwärts“ das dringende Ersuchen, die von ihnen zur Veröffentlichung gelangenden Drucksachen auch an die Bibliothek des Reichstages gelangen zu lassen. Es ist mehrfach vorgekommen, daß bei unvorhergesehenen Debatten über soziale Vorgänge das Bedürfnis nach gewissen Aktenstücken nicht befriedigt werden konnte, weil es der Bibliothekverwaltung unmöglich ist, die Veröffentlichungen der Gewerkschaften usw. zu beschaffen, weil diese in der Regel im Buchhandel nicht erscheinen.

Auch werden die betreffenden Verwaltungen ersucht, die Zusendungen an das Partei-Archiv, Nagelschtr. 9, nicht zu verpassen.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes zeigt nach den neuesten Berichten der Arbeitsnachweis-Verwaltungen eine Situation, wie sie bisher noch niemals beobachtet worden ist. Bei den 58 Verwaltungen, welche über den Monat März in der Berliner Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ vergleichbare Daten veröffentlichten, kamen auf 100 offene Stellen diesmal nur 89,3 Arbeitsuchende, d. h. direkter Arbeitermangel! Und wenn auch dieses Verhältnis nur durch die weiblichen Abteilungen in so hohem Grade herbeigeführt wird, so zeigen doch auch die männlichen Abteilungen nur das äußerst knappe Verhältnis von 100,5 Arbeitsuchenden auf 100 ausgetretene offene Stellen (gegen 114,8 männliche Arbeitsuchende in dem entsprechenden auch schon sehr günstigen Monat des Vorjahres).

„Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung“ ist der Titel einer Schrift, die Ernst Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein, der Schwager des deutschen Kaisers, hat im Druck erscheinen lassen. Die Abhandlung giebt indessen keine Organisationsvorschläge, sondern eine auf gründlichen Studien beruhende Uebersicht der Anregungen und Versuche auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Kulturländern. Der Verfasser schließt die Schrift mit folgenden Worten: „Soll der Arbeitsnachweis lebensfähig erhalten werden, so muß strenge Unparteilichkeit für ihn die Norm bilden und seine Fortdauer nicht etwa von einzelnen Bestimmungen, sondern lediglich von Angebot und Nachfrage abhängig bleiben.“ Wenn schon leibhaftige Herzöge die Lösung der Arbeiterfrage in die Hand nehmen, dann wird wohl bald der „Zukunftstaat“ hereinbrechen.

Ueber die Arbeitszeit erwachsener männlicher Arbeiter der verschiedenen Länder der Erde veröffentlicht das Schweizer Arbeitersekretariat eine Zusammenstellung. Die kürzeste Arbeitszeit ist darnach in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Australien vorhanden. Die Regierung der Union hat für ihre Arbeiter überall den Achtstundentag eingeführt. Aber auch anderweitige öffentliche Arbeiter werden unter diesem System ausgeführt, desgleichen haben viele Private dasselbe angenommen. Im Staate Konnecticut gelten acht Stunden Arbeit vor dem Gesetz als ein Tagewerk; was darüber ist, gilt als Ueberstunde. In der Industrie gilt der elfstündige Arbeitstag als Maximum, nur haus- und landwirtschaftliche Arbeiter dürfen länger beschäftigt werden. Im Eisenbahndienst und in den Bädereien ist der zehnstundentag gesetzlich eingeführt. In Australien giebt es keine gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit; dieselben sind dort überflüssig, denn der Brauch steht fest, daß mit Ausnahme der Straßenarbeiter, die zehn Stunden arbeiten, Niemand länger als neun Stunden beschäftigt wird. In etwa 65 pZt aller Betriebe gilt bereits der Achtstundentag als Regel. Bemerkenswert ist, daß in vielen Arbeitszweigen die Arbeitszeit an den Sonnabenden auf die Hälfte beschränkt wird. In Ostindien herrscht in den Fabriken gesetzlich elfstündige Arbeitszeit mit 1/2 bis zu 1/4 stündiger Pause für Männer und Frauen. In Deutschland gelten nur vereinzelte Beschränkungen, namentlich solche aus hygienischen Rücksichten. So ist für Quecksilber-Spiegelbelege nur eine sechs- bis achtstündige Arbeitszeit gestattet, in Akkumulatorenfabriken eine achtschündige. Im Bergbau herrscht zumeist eine zehnstündige Schicht, mit Einschluß der Ein- und Ausfahrt. In England wird in Staats- und Gemeinbetriebes allmählich überall der Achtstundentag eingeführt. Eisenbahndienstleistungen haben dort das Recht, sich über zu lange Beschäftigung zu beschweren. Für Schiffsheizer ist nur eine Maximalleistung von drei Tonnen Feuerleistung zulässig. In Belgien ist nur die Frauen- und Kinderarbeit zeitlich geregelt, in Frankreich die der Bahnangestellten (auf zehn Stunden); in Oesterreich ist die elfstündige Arbeitszeit für Fabrikbetriebe festgesetzt, in Rußland elfenhalbstündige. In der Schweiz endlich bestimmt das Fabrikgesetz elf Stunden als Maximum, meist wird jedoch nur zehn Stunden gearbeitet. Darnach rangirt Deutschland so ziemlich an letzter Stelle.

Das Echo der Arbeitswilligen hatte der schwedische Reichstag ein Jugendgesetz mit großer Mehrheit angenommen; verfassungsgemäß mußte dieses Gesetz noch dem Gutachten des Reichsgerichts unterbreitet werden. Diese Prüfung des Reichsgerichts ist erfolgt und das Gerichte einstimmig beschlossene Ergebnis ist, daß das Gesetz verfassungswidrig und daher nicht von der Krone sanktioniert werden darf. Dadurch ist den schwedischen Stimmungen das Rezept total verdorben.

Samson Kimmert ist das Kapital; das zeigt wieder einmal folgende Thatsache: In New-York hat sich ein Sarg mit einem Kapital von 20 Millionen Dollars gebildet. Man glaubt, daß die Folge die Schließung der meisten Sargfabriken in den Vereinigten Staaten sein wird, wodurch mindestens 6000 Arbeiter beschäftigungslos werden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Laufe dieser Woche erhalten sämtliche Zahlstellen eine entsprechende Anzahl des von uns herausgegebenen Flugblattes „Mainen-Ruf“. Außerdem liegt jeder Sendung ein Begleitkürchen bei. Sollte dieselbe irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Reklamation. Zugleich richten wir an alle Verbandsmitglieder die Bitte, den Zahlstellenverwaltungen bei der Verbreitung des Flugblattes nach Möglichkeit hilfreiche Hand zu leisten.

Stuttgart, 22. April 1899.

Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bernburg. Die hiesige Zahlstelle hielt am 22. April eine öffentliche Holzarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Sind die Arbeitsverhältnisse der hiesigen Tischler aufbesserungsbedürftig? 2. Die Lohnfrage der Tischler. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Kollege Günther das Referat übernommen und schilderte in einer einstündigen Ausführung an der Hand mannigfacher Beispiele, wie gerade bei den Arbeitern, welche mit ihren Löhnen bis auf das äußerste Niveau herabgedrückt sind, auch die Unbildung am meisten zu finden ist und daß der Arbeiter, welcher sich in einer Organisation befindet, um sich bessere Lebensbedingungen zu verschaffen, einen bedeutend höheren Bildungsgrad besitzt. Auch wies Kollege Günther darauf hin, daß, nachdem die hiesigen Meister zum zweiten Mal eingeladen waren, um mit ihnen über die bevorstehende Lohnbewegung zu verhandeln, dieselben leider wieder nicht erschienen waren, woraus man ersehen kann, daß die Arbeiter in den Augen ihrer Arbeitgeber Null und Nichts sind. Zum zweiten Punkt erklärte sämtliche Redner die gestellten Forderungen auf das Allerheftigste durchzuführen zu wollen. Eine endgültige Abstimmung ergab, einstimmig für den Streik einzutreten, falls die Forderungen nicht bis auf das Tiefste über dem i bewilligt werden. Am 1. Mai werden die Forderungen gestellt und ehestens die Kündigung eingereicht. Die Verhältnisse am Orte sind insofern gut, daß Arbeit genug vorhanden und die Nachfrage nach Arbeitskräften groß ist.

Bielefeld. Die Situation hat sich in der letzten Zeit insofern verändert, als durch den Druck des Fabrikantenrings auf die Meister, die bewilligt haben, Letztere keine Arbeit mehr bekommen können und dadurch gezwungen sind, Arbeitskräfte zu entlassen; aber sie halten trotzdem die Forderung der Gesellen aufrecht. Die Zahl der Streikenden hat sich dadurch um eine kleine Anzahl vermehrt; am Orte befinden sich jetzt 45 Kollegen im Ausstande. Der Mut der Streikenden ist ein sehr guter, sie haben geschworen, nicht eher wieder zu arbeiten, bis die Meister ihre Laune geändert haben. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, werden die Meister doch im Laufe der Zeit ihr prophanes Benehmen ändern und es für nötig befinden, mit uns zu unterhandeln, was sie bis jetzt noch nicht für nötig befunden haben. Wir richten daher nochmals die Bitte an die Kollegen Deutschlands, den Zug nach Bielefeld streng fern zu halten.

Braunschweig. Am Montag, den 17. d. M., tagte im „Wilhelmsgarten“ eine gut besuchte Versammlung der Tischlerinnung, welche sich mit der Verathung der Lohnforderungen der Gesellen beschäftigte. Der Obermeister brachte zunächst die beim Innungsborstande eingereichten Forderungen zur Kenntniß, welche lauten: 1. 9 1/2 stündige tägliche Arbeitszeit; 2. 33 % Minimallohn; 3. 10 pZt. Zuschlag für Löhne von 33 % und mehr; 4. 25 pZt. Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit; 5. Freitags Lohnzahlung und Auszahlung des ganzen verdienten Lohnes, ohne Einbehaltung; 6. Garantie mindestens des Lohnes bei Affordarbeiten. Die anwesenden Mitglieder des Gesellenausschusses begründeten in Kürze diese Forderungen mit dem Hinweis auf andere größere Städte und die allgemeine Lage der arbeitenden Klasse am hiesigen Orte, infolge theurer Wohnungsmiethe und hoher Lebensmittelpreise. Die Versammlung äußerte sich im Großen und Ganzen zustimmend zu den gestellten Forderungen, nur einzelne Punkte werden geändert, oder fallen, wie z. B. der Minimallohn. Die übrigen Punkte, wie 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Lohnzuschlag von 10 pZt., Freitags Lohnzahlung und Auszahlung des ganzen Lohnes ohne Einbehaltung, sowie Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurden einstimmig genehmigt.

Eine öffentliche Tischlerversammlung, die sehr gut besucht war, fand Donnerstag im „Sächsischen Hof“ statt, um über die von den Meistern gemachten Zugeständnisse zu verhandeln. Von sämtlichen Rednern wurde die Weigerung, einen Minimallohn von 33 % zu bezahlen, lebhaft gerügt. Bei der darauf folgenden schriftlichen Abstimmung, an der sich 321 Kollegen beteiligten, wurde mit 249 gegen 69 ablehnend und 3 ungültige Zettel beschloffen, die gemachten Zugeständnisse vorläufig als Abschlagszahlung zu akzeptieren. (Diesen Bericht entnehmen wir dem „Braunschweiger Volksfreund“; die Kollegen hielten es nicht für nötig, der Redaktion ihres Fachorgans Mittheilung zu machen.)

Dresden. (Korbmacher.) Dieselben hielten am 15. d. M. eine gut besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Die Bedeutung des 1. Mai und Gewerkschaftliches. Zur Maifeier nahm zunächst Kollege Westphal Stellung und betonte nach längeren Ausführungen über die Bedeutung der Maifeier, daß es bei den Kollegen wohl möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, wenn sie nur wollen. Dahin sprachen sich auch die Kollegen Curt, Paulus u. A. aus. Vom Kollegen Herr wurde bedauert, daß sie bei Meumanns wohl am 1. Mai werden arbeiten müssen, da die Hälfte von den 24 dort beschäftigten Kollegen nicht unmacht und auch nicht organisiert ist. Es wird eine entsprechende Resolution angenommen. Kollege Schlie bedauert, daß die Korbmacher in besonderer Versammlung Stellung zur Maifeier nehmen, das müßte in einer allgemeinen Holzarbeiterversammlung geschehen. Es wird ihm aber erwidert, daß es wohl nichts schadet, da wir einmal Versammlung haben, auch zu der Maifeier Stellung zu nehmen. Unter „Gewerkschaftliches“ brachte Kollege Curt verschiedene Mißstände der Hofmann'schen Werkstatt zur Sprache und meint,

daß es höchst bedauerlich ist, daß selbst organisierte Kollegen sich so etwas gefallen lassen. Es sind eine Reihe Abzüge vom Lohn gemacht worden, so für 30zöllige Meißelkörbe, für die früher M. 3,50 bezahlt wurden, giebt es nur noch M. 3, so die Holzkörbe, früher per Dugend M. 19,80, jetzt M. 9, Kinderkorbstühle, früher ohne Zurechten und Schleierhalter M. 1,30, jetzt selbst Zurechten und mit Schleierhalter M. 1,15. Auch andere Mängel zeigen sich dort. So ist vor längerer Zeit der Ofen aus der Werkstatt genommen worden, weil der Hauswirth das Feuer nicht mehr duldet. Trotzdem haben die Kollegen während der sehr kalten Märztag in dieser Werkstatt, die obendrein noch Steinfußboden hat, gearbeitet. Die Kollegen werden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß Hofmann die Preise des Tarifs bezahlt. Zwei Kollegen bringen nun noch Mißstände zur Sprache, welche bei der Firma Peter & Stegmann-Nabebeul, vorhanden sind. Es wurde den Kollegen in Nabebeul der Vorwurf gemacht, daß sie nicht energischer für die Abänderung der Mißstände eingetreten sind, da sie doch alle organisiert sind. Von diesen werden die Mißstände theilweise zugegeben und bemerkt, daß sie solche schon nach und nach beseitigen werden.

Erfurt. (Situationsbericht.) Das neueste Angebot der Unternehmer ist nach nun bald vierwöchentlichem Kampf: 5 pZt. Aufbesserung, 59 stündige wöchentliche Arbeitszeit und Garantie des Wochenlohnes bei neuanzufertigenden Affordarbeiten. Auch dieses Angebot fand mit 94 gegen 12 Stimmen in geheimer Abstimmung Ablehnung. Die Unternehmer erklären es für unmöglich, mehr zu geben, trotzdem sie in auswärtigen Zeitungen Arbeiter suchen bei 30 bis 40 % Stundenlohn; die Firma Ziegenhorn & Jucker sogar bei 35 bis 45 %. Würde es den Unternehmern ernst sein, diese Löhne zu zahlen, dann bezahlten sie bedeutend mehr, als die von uns verlangten 10 pZt. Zuschlag. Wir bitten also die auswärtigen Kollegen, die von hier kommenden Gesuche recht vorfichtig aufzunehmen und uns den Kampf durch Zugung nicht zu erschweren.

Schwinge. In früheren Versammlungen beschlossen die hiesigen Schreiner, in diesem Frühjahr Lohnforderungen an die Meister zu stellen. Den Grund hierzu gaben die niedrigen Löhne und die lange Arbeitszeit, welche noch am Orte herrschen. Am Sonnabend, den 15. d. M., fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Wicklein aus Nordhausen, welcher vom Gauvorstand beauftragt war, die hiesigen Verhältnisse zu untersuchen, referirte über Lohnbewegung. Der Referent führte in kurzen Worten den Anwesenden die Entwicklung des Kapitals vor Augen und betonte dabei, wie sich die Unternehmer immer mehr zu großen Verbänden und Ringen vereinigen. Er führte weiter aus, daß der Macht und der Willkür dieser Verbände nur durch eine starke Organisation entgegen getreten werden könnte. Im Anschluß daran ermahnte der Referent die Anwesenden, die noch fehlenden Schreiner zum Verbands heranzuziehen, damit uns diese bei einer etwaigen Lohnbewegung nicht in den Rücken fallen können. An die Ausführungen des Referenten schloß sich eine längere Diskussion an, welche meistens im Sinne der Ausführungen des Referenten gehalten war. Nachdem noch die Verhältnisse der einzelnen Werkstätten klargelegt worden waren, forderte Kollege Wicklein die Anwesenden auf, auch ferner dem Verbands treu zu bleiben und denselben nicht nach beendeten Lohnkämpfen den Rücken zu kehren. Sollte dies der Fall sein, so hätten die Meister leichtes Spiel, uns das vielleicht mühsam Errungene wieder zu entreißen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Holzarbeiterverband schloß die imposante Versammlung. Wir möchten wünschen, daß auch die hiesigen Tischlermacher sich dem Verbands anschließen, denn auch ihre Lage ist keine rosig und die Verhältnisse in den Fabriken lassen viel zu wünschen übrig. Den organisierten Kollegen aber rufen wir zu: Seid unermüdet thätig und agitiert für den Verband, so werden sich auch die Verhältnisse der Schwinger Holzarbeiter von Jahr zu Jahr besser gestalten, denn auch wir sind berechtigt, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Fürth. In einer am 16. April stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung, von ca. 1200 Personen besucht, sprach Kollege Elter über „Bevorstehende Lohnabzüge und der Streik in den Spiegelrahmenfabriken von Sommer und Leonhardt & Sohn.“ Redner führte aus, daß nach Beendigung des letzten Holzarbeiterausstandes allgemein die Annahme auftauchte, daß Ruhe und Frieden in der Industrie eintrete. Jedoch die Enttäuschung kam kaum sechs Wochen darnach, als den Arbeitern der Gemmersbacher Spiegelrahmenfabrik eine Lohnreduktion zugemutet wurde, mit einem ganz beträchtlichen Prozentsatz, was aber mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden ist. Es kam dann die Anpassung von einer anderen Fabrik, nämlich Ammersdorfer & Haas, wo die Sache in genau derselben Weise ihren Abschluß fand, wie in der ersteren Fabrik. Der Verband der Holzindustriellen beschäftigte sich schon in mehreren Versammlungen mit der Frage, wie die Arbeiter in punkto einer Lohnreduktion am besten zu schütten seien. Es wurde nun den Bildhauern der Sommer'schen Spiegelrahmenfabrik am 10. April ein reduzierter Tarif vorgelegt von 18-23 pZt. Durch die schon gemachten Erfahrungen, die die Arbeiter mit den Holzindustriellen schon machen mußten, fühlten sich sämtliche Arbeiter der Fabrik veranlaßt, sich mit den Bildhauern solidarisch zu erklären. Nachdem Herr Sommer auf seinem reduzierten Tarif verharrte, legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Seit circa zehn Jahren sind die Affordpreise so reduziert worden, daß dem jetzt ein entschiedenes Halt entgegengerufen werden muß. Zum Abziehen ist nichts mehr, es könnte höchstens dem Arbeiter die Haut noch abgezogen werden. Die Fertigkeit und Intensivität, mit der in der Spiegelbranche gearbeitet werden muß, um Das zu verdienen, was zum notwendigen Lebensunterhalt erforderlich ist, ist beispiellos. Redner kam dann auf den Ausstand in der Leonhardt'schen Fabrik zu sprechen, der wegen einer Arbeitszeitverlängerung von 56 auf 59 Stunden begann. Bei dem letzten Holzarbeiterausstand im Herbst vorigen Jahres war es gerade diese Firma, die die 56stündige Arbeitswoche freiwillig einführte, natürlich aus Spekulation, denn dadurch gewann sie gute Arbeitskräfte, besonders von den Ausständigen. Einer der Firmeninhaber erklärte damals sogar, zum Frühjahr dieses Jahres den Aunthundentag einzuführen, und jetzt müssen die Arbeiter gegen eine Arbeitszeitverlängerung kämpfen. Auch bei dieser Firma scheiterten die Unterhandlungen, ja der Matador des Geschäftes verließ sich dazu, den Bevollmächtigten der hiesigen Zahlstelle als Kommissionsmitglied nicht anzuerkennen, da er ihn als Schreiber eines Artikels der „Holzarbeiter-Zeitung“ bezichtigte, worin er sich angegriffen glaubt. In derselben Weise verlegte er auch die übrigen Verbandsmitglieder. Im Interesse der Sache trat Redner von den Unterhandlungen zurück. Die Firma blieb trotzdem darauf bestehen, daß

59 Stunden gearbeitet werden solle, worauf die Kollegen selbstverständlich nicht eingingen, so daß auch da die Arbeiter gezwungen waren, die Arbeit niederzulegen. Die Kollegen sehen hieraus, in welcher Situation wir uns befinden. Das Unternehmertum versucht, uns den Fuß in den Nacken zu setzen und uns den letzten Lebensnerv zu unterbinden, wogegen wir alle Ursache haben, uns mit Händen und Füßen zu wehren. In der darauffolgenden regen Debatte wurde noch Manches zu Tage gefördert, so daß klar ersichtlich wurde, daß das Ganze eine Sache des Verbandes der Holzindustriellen ist, da sie in einer ihrer letzten Versammlungen die Frage erörtert und auch Beschluß gefaßt haben, einen Tarif für die ganze hiesige Spiegelrahmenbranche auszuarbeiten, und wenn dieser von Seiten der Arbeiter nicht angenommen werden sollte, letztere auszusperrten. Eine Resolution, in der ausgesprochen ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Front zu machen, fand einstimmige Annahme. In seinem Schlußworte forderte der Redner die Kollegen auf, durch einmütiges Handeln und durch Solidarität den uns von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf mit aller Schärfe durchzuführen; da sie schon öfters die Feuerprobe bestanden, sollen sie sich auch diesmal als erprobte Kämpfer des Proletariats zeigen.

Silbesheim. Situationsbericht. Die hiesigen Tischler sind am 22. April endgültig in den Ausstand eingetreten. Nach vorläufiger Feststellung haben von 135 am Orte beschäftigten Tischlern 103 die Arbeit niedergelagt, während 32 „Arbeitswillige“ zu verzeichnen sind. Zwei Werkstätten mit zusammen 12 Mann haben bereits die Forderungen bewilligt. Die Haltung unter den Ausständigen ist eine sehr gute. Von diesen 32 Arbeitswilligen sind, wie in der Versammlung am 22. April festgestellt wurde, die Hälfte Halbinvaliden oder aber Leute, die den Kohl nicht fett machen. Bezug ist streng fern zu halten.

Jena. (Berichtigung.) In Betreff des in Nr. 16 unserer Zeitung enthaltenen Situationsberichtes theilen uns die Inhaber der Firma Voigt & Schulze, Pianofortefabrik, Kahla, mit, daß die dort gegebene Darstellung durchaus auf Unwahrheit beruhe. Dasselbe theilt uns das Personal der Firma in folgendem Schreiben mit:

„Was die Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter betrifft, so können wir mit ruhigem Gewissen behaupten, daß das gute Einvernehmen beiderseitig genau dasselbe geblieben ist, wie vor dem Feste. Die Behauptung, daß die Zahl der Arbeiter von 20 auf 8 gesunken sein soll, entbehrt jeder Begründung. Die höchste Zahl der bis jetzt beschäftigt gewesenen Arbeiter hat 17 nicht überschritten, einschließlich zweier Hausleute. Augenblicklich wird mit 14 Mann gearbeitet. Auch bemerken wir noch, daß die Zahl der Arbeiter nicht unter 13 gewesen ist. Was Akkordarbeit betrifft, so haben wir mit den Chefs einen annehmbaren Preis erzielt, auch stehen wir uns im Akkord besser, als im Lohn. Der Vergleich, gelehrte Holzarbeiter und Instrumentenmacher mit Seiltänzern zc. in Verbindung zu bringen, scheint Emsender vorigen Berichtes auf sich zu beziehen. Ein Hausarbeiter bekam 18 1/2 Stundenlohn aus besondern Gründen, sonst beträgt der Stundenlohn 22—33 1/2. Es ist von einzelnen Arbeitern angestrebt worden, die Fabrik in einen Leinwandfabrik zu verwandeln, was jedoch nicht gelungen ist, da ihnen freigestellt war, selber zu fliegen. Die beiden Chefs sind in jeder Hinsicht zudorftommend und anständig.“

Dieses unterzeichnet der Wahrheit gemäß
Das Arbeiterpersonal
der Pianofortefabrik Voigt & Schulze.
Kahla, den 18. April 1899.

(Wir ersuchen den Emsender des Berichts, sich zu recht fertigen, wenn er dazu im Stande ist. D. Red.)

Mainz. Vor einigen Monaten hat der hiesige „Möbel-fabrikanten- und Meisterchaftsverband“ in einer Sitzung beschlossen, von dem neuen Handwerkergesetz von 1897 Gebrauch zu machen und sich in nächster Zeit in eine Innung umzuwandeln und mit dieser eine Innungskrankenkasse einzuführen. Die hiesige Zahlstelle beschäftigte sich hierauf in einer der letzten Mitgliederversammlungen mit dieser Angelegenheit und faßte den Beschluß, diesem Plane der Meisterchaft entschieden entgegen zu treten, aus dem einfachen Grunde, weil eine Innungskrankenkasse wegen ihres beschränkten Mitgliederstandes niemals im Stande ist, das zu leisten, was uns die hiesige Ortskrankenkasse zu leisten im Stande ist. Zu diesem Zwecke fand nun am Samstag, den 15. April, im Lokale „Zur Wanz“ eine Protestversammlung statt, in welcher unser Genosse Viebmann in eingehender Weise über die Leistungen der Innungskrankenkasse referirte. Redner führte in seinem Vortrage die Leistungen der hier bestehenden Innungskrankenkassen der Bäcker, Metzger und Schlosser an und hob hervor, daß diese sämtlich nicht über die im Krankenversicherungsgesetz geforderten Mindestleistungen hinausgehen, wo hingegen aber die hiesige Ortskrankenkasse gerade das Doppelte zu leisten im Stande wäre. Pflicht der hiesigen Schreiner sei es daher, gegen die vom Möbel-fabrikanten- und Meisterverband“ zugesicherte Wohlthat zu protestiren und sich sämtlich der Organisation anzuschließen. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten und ermahnten die ziemlich zahlreich erschienenen, unsere in letzter Zeit in stetem Anwachsen begriffene Zahlstelle durch ihren Beitritt zu verstärken, und die Lässigkeit, welche seit dem verlorenen Streik von 1891 bei den Mainzer Schreiner herrschte, wieder abzuschütteln. Nachstehende Resolution fand zum Schlusse einstimmig Annahme: „Die heutige Versammlung protestirt entschieden gegen das Vorhaben der hiesigen Schreinermeister, eine Innungskrankenkasse zu errichten. Sie erblickt darin eine ernste Bedrohung ihrer materiellen und wirtschaftlichen Interessen. Eine Innungskrankenkasse, in Folge ihres sehr geringen Mitgliederstandes in ihren Leistungen sehr beschränkt, würde den Schreiner von Mainz umgemein schwere Nachteile gegenüber der gut ausgebreiteten Ortskrankenkasse bringen. Letztere bietet ihren Mitgliedern solche Leistungen, die von einer Innungskrankenkasse niemals erreicht werden, ohne daß die Ortskrankenkasse dabei an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Die Versammlung erwartet, daß die Stadterordnetenversammlung und höhere Verwaltungsbehörde einen eventuell dahin zielenden Antrag der Schreinerinnung ablehnt.“ Kollegen von Mainz! Ihr seht, was auf dem Spiele steht, darum beachtet fleißiger als sonst die Mitgliederversammlungen, glänzt nicht, wie bisher, durch Abwesenheit, agitiert und organisiert in den Werkstätten, denn nur durch einmütiges Verhalten in den Mitgliederversammlungen sind wir im Stande, etwas Ersprießliches zu leisten.

Neustadt a. d. Orla. (Berichtigung.) Der in Nr. 1 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gegen Kollegen Knauer, Drechsler, gegebene Bericht ist von hiesiger Zahlstelle hervorfen-

worden und ist Kollege Knauer jetzt noch Mitglied des Verbandes, was hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Blauenfelder Grund. (Stuhl- und Möbelpolirer.) Am 16. April tagte eine Versammlung der Kollegen im „Deutschen Haus“, Postschepel. Diese war infolge reger Agitation von den Rabenauer Kollegen sehr gut besucht. Zum ersten Punkt: „Die Lage der im Polirergewerbe beschäftigten Personen“, nahm Kollege Pfund das Wort. Seine Ausführungen über Entwicklung des Gewerbes zu einem selbstständigen Spezialberufe wurde seitens der Anwesenden mit Interesse verfolgt. Konstatirt wurde, daß die Lage der Rabenauer Kollegen eine traurige ist. Bei 13 stündiger Arbeitszeit (inkl. Ueber- und Sonntagsarbeit) wurde ein durchschnittlicher Lohn von M. 17 verdient. Ein Drittel der Kollegen ist verheiratet. Da ist es kein Wunder, wenn die Kollegen krank und siech werden. Obendrein giebt es noch kleine und ungesunde Werkstätten und schlechtes Material. Diese Missethände können immer nur wieder mit Hilfe des Holzarbeiterverbandes beseitigt werden. Darum ist eine intensive Agitation unter den Fernstehenden sehr am Platze. Nicht ruhen und rasten wollen wir, bis auch der Letzte der Kollegen organisiert ist. Auch auf den Weltfeiertag wurde hingewiesen. Da möchten doch die Kollegen an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen und damit ihre Solidarität mit sämtlichen Arbeitern beweisen, ohne Rücksicht auf die Chefs und die sogenannten Zwischen- und Kleinmeister. Punkt 2. In der Diskussion wurden wiederum mehrere Werkstätten von Rabenau (Zimmermann, Bachmann, Laubert und Rudolf Büschmann), von Dressden (Pfeifer und Gröschel, Kaulbachstraße, und Schröder, Dornstraße), wo am Charfreitag gearbeitet wurde, namhaft gemacht. In Rabenau speziell florirt die Sonntagsarbeit. Nicht einmal die Behörde und Polizei soll sich um die Sonntagsruhe der dortigen Arbeiter kümmern. Ein Kollege motivirte die Feiertagsarbeit damit: „Wenn die Arbeit nicht fertig wird, muß der Unternehmer so und so viel Konventionalstrafe zahlen.“ Auf diese Finte seitens der Chefs sollten die Kollegen nicht mehr hineinfallen. In der Möbelfabrik von Herrmann & Söhne-Göschke sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ebenfalls keine erträglichen. Stundenlöhne von 28—31 1/2 für alte Kollegen sind keine Seltenheit. Folgende Resolution wurde dann einstimmig angenommen: „Die Versammlung ist sich der traurigen Lage durch die Ausführungen verschiedener Kollegen bewußt, und verspricht, mit allen Kräften dahin zu wirken, sämtliche Kollegen in den Holzarbeiterverband zu bringen, damit ihre Lage eine bessere werde.“

Erste Konferenz des 22. Gauces, abgehalten zu München am 2. April 1899.

Betreten waren folgende Zahlstellen: Augsburg, Garmisch, Inngolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Landsküt, Memmingen, München, Pasing, Passau, Reichenhall, Rosenheim, Starnberg, Straubing, Traunstein und Lindau, ebenso folgende Einzelmitgliedchaften: Mindelheim und Tegernsee. Nicht vertreten war die Zahlstelle Freising. Im Ganzen waren 28 Delegirte anwesend. Von Seiten des Hauptverbandes war Kollege Schneegäß-Stuttgart erschienen. Der Gauvorstand war durch fünf Mitglieder vertreten.

Den Vorsitz führten die Kollegen Raith-München und Simon-Augsburg.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes. Referent: Raith. 2. Bericht des Gaukaisers. Referent: Göttfried. 3. Bericht der Delegirten. 4. „Unsere Organisation und ihre Gegner.“ Referent: Kollege B. Köpff-München. 5. Anträge und Beschlüsse.

Dem Thätigkeitsbericht des Gauvorstandes ist Folgendes zu entnehmen: Ende August 1898 trat der Gauvorstand seine Thätigkeit an; es sei der Hauptzweck in erster Linie gewesen, engere Fühlung mit den Zahlstellen untereinander herzustellen. Kassenrevisionen wurden 4 vorgenommen, Versammlungen wurden 32 abgehalten, 5 Zahlstellen wurden besucht, um Anregung zu energischeren Weiterarbeiten zu geben. Ebenso wurden die Zahlstellen Pasing und Augsburg wiederholt besucht, aus Anlaß der Differenzen bei Gerzdorf und Brandenburg in ersterem Orte, in Augsburg wegen der dortigen Lohnbewegung. Der Bericht ergab, daß der Gauvorstand in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Thätigkeit in Punkt „Agitation“ Aufmerksamkeitswerthes leistete. An Beispielen sei das schnelle Anwachsen der Mitglieder der Zahlstelle Passau anzuführen, deren Mitgliederzahl von 2 auf 90 gestiegen ist, ebenso zählt die Zahlstelle Augsburg bereits einen Stand von 300 Mitgliedern. Neuerrichtet wurde die Zahlstelle Lindau, welche bereits 21 Mitglieder zählt. Mit Einzelmitgliedern wurde in Verbindung getreten in Mindelheim, Tegernsee, Lenggries, Benediktbeuren und Braunenburg. Sein Bedauern sprach Kollege Raith darüber aus, daß, wie es z. B. in Tölz vorgekommen, Kollegen, welche in München der Organisation angehört haben und während des Streiks abgereist und dort heute noch Arbeit haben, es nicht der Mühe werth gefunden, mit dem Gauvorstande in Verbindung zu treten zur Förderung der Agitation und Organisation. Ebenso wurde die Schwierigkeit beklagt, daß nicht immer geeignete Referenten zur Verfügung ständen. Die Lokalfrage liege theilweise in einzelnen Orten ebenfalls noch sehr im Argen, deshalb sei es dort mehr zu empfehlen, ohne große Publikationen und öffentliche Versammlungen zu agitiren. Der in Aussicht stehenden Lohnbewegung der Bagnergehülfsen Münchens könne mit Zuberhüt entgegengegangen werden. Was mit der Regelung des Submissionswesens wird, sei noch nicht recht ersichtlich, da die Meisterchaft und der Magistrat von München sich zu dieser Sache noch nicht geäußert haben. Auf jeden Fall muß dahin gearbeitet werden, daß bei Submissionen den Arbeitern der Tagelohn garantiert werden muß.

Die Korrespondenz belief sich auf 85 eingegangene Briefe, 35 Karten und 2 Pakete. Abgeschickt wurden 151 Briefe, 83 Karten und 1 Paket. Ebenso wurde eine Beschwerde vom Gauvorstande beim Stadtmagistrat Traunstein eingereicht, worin Protest erhoben wurde, daß die jugendlichen Arbeiter aus einer Versammlung entfernt werden sollten und daß in betreffender Versammlung, in welcher Kollege Raith referirte, auf wiederholtes Auffordern des Referenten der bewaffnete Polizeistab das Lokal nicht verließ. In ersterem Punkte wurde die Beschwerde abschlägig beschieden, in letzterem wurde der Beschwerde dahin stattgegeben, daß in Zukunft kein bewaffneter Beamter mehr anwesend sein wird.

Eine Statistik, welche unter den Sägemühlarbeitern des oberbayerischen Gebirges veranstaltet wurde, hat ein äußerst interessantes Material geliefert und wurde auch seinerzeit in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht.

Dem Kassenbericht, welchen Kollege Göttfried erstattete, ist zu entnehmen, daß die Einnahmen M. 686,15 betragen, die Ausgaben M. 482,34; mithin verbleibt ein Kassenbestand von M. 163,81.

Dem Gauvorstande und Kassirer wurde Decharge ertheilt, nur wurde verlangt, daß die Gehaltsposten in Zukunft nicht als Diäten gerechnet werden sollen.

Im folgenden Punkte wurde von jedem einzelnen Delegirten ein umfassender Bericht über Arbeitszeit, Lohn, Anzahl der am Orte Beschäftigten und die Zahl der Organisirten gegeben; dieselben lieferten ein äußerst interessantes Material. Im Großen und Ganzen ist denselben zu entnehmen, daß in allen den Orten, in welchen die Kollegen der Mehrzahl nach der Organisation angehören, bedeutende Fortschritte in Bezug auf Steigerung der Lebenshaltung der Kollegen und Verfüzung der Arbeitszeit zu verzeichnen sind. In einzelnen Orten hat man schwer unter den Gegenagitationen der Organisation der christlichen Arbeiter zu kämpfen, da denselben die Mithilfe der Unternehmer zur Seite steht. Von den Münchener Delegirten wurde auf Abgabe eines Berichtes verzichtet, dafür wurde jedem Delegirten der Bericht des hiesigen Arbeitersekretariats ausgehändigt, in welchem der Organisation und dem Lohnkampfe der Holzarbeiter ein eigenes Kapitel gewidmet ist; aus demselben können die Delegirten ersehen, was starkes und kräftiges Zusammenarbeiten der Kollegen zu leisten vermag.

In der Diskussion stellte Kollege Dörfler fest, daß nach den Berichten der Delegirten im Gau 22 circa 7900 männliche und 450 weibliche Holzarbeiter beschäftigt seien. Von diesen seien organisiert: 3167 männliche und 30 weibliche. Redner betonte, durch diese Zahl sei bewiesen, daß der 22. Gau nicht der schlechteste Gau sei. Unter Anderem rügt er, daß übersehen wurde, Regensburg dem Gau 22 zuzuschreiben, da es die einzige Zahlstelle an der Donau sei, die dem Gau 21 zugetheilt sei. Eine Anregung des Gauvorstandes in Stuttgart zu veranlassen, daß dies geschehe, wurde abschlägig beschieden. (So viel dem Gauvorstande bekannt, soll Regensburg es selbst beantragen haben, nach Nürnberg zu gehören. Raith.)

Im Uebrigen machte derselbe Redner bei einigen Zahlstellen Bemerkungen und rügte zum Schluß das peinliche Sparsystem bei der Hauptkasse für Agitation; ebenso rügte er, daß die Gauverwaltungen die zustehende Summe aus den 5 pZt. Antheil nicht zugetheilt erhalten. Der anwesende Vertreter des Vorstandes, Kollege Schneegäß, rechtfertigte das Verhalten des Vorstandes in dieser Frage, da derselbe den Beschluß des letzten Verbandstages in diesem Sinne aufgefaßt habe, daß die 5 pZt. in der Hauptkasse bleiben und bei Bedarf den Gauvorständen überwiesen werden sollen.

Das vom Kollegen Köpff-München „Ueber unsere Organisation und deren Gegner“ erstattete Referat wurde ungespannter Aufmerksamkeit angehört und mit dem größten Beifall aufgenommen. Es würde zu viel Raum beanspruchen, wollten wir das fein durchdachte und mit der dem Redner eigenen begeisternden Weise vorgetragene Thema hier ausführlich behandeln; sicherlich wird es einen tiefgehenden Eindruck bei den Delegirten hinterlassen haben und so dazu beitragen, dieselben in dem unablässigen Kampfe mit unseren Gegnern zu stärken und neue Kräfte zu deren Bekämpfung zu liefern.

Zum fünften Punkte standen folgende zwölf Anträge zur Debatte:

Anträge 1, 2, 3, Sektionen der Parketeiger, Würstlermacher und Wagner Münchens deckten sich im Inhalte:

„Die Gaukonferenz möge beschließen: Die Kollegen in den Zahlstellen sind verpflichtet, bei Agitationen für den Verband ihr Augenmerk nicht bloß auf die Schreiner, sondern auf alle Berufe, welche dem Holzarbeiterverbände angehören können, zu richten, und haben diese ihre ganze Kraft einzusetzen, um alle Holzarbeiter für den Verband zu gewinnen.“

Antrag 4. Augsburg: „Die Konferenz beauftragt den Gauvorstand im 22. Gau, in allen Orten nach Möglichkeit die vorhandenen Holzarbeiter dem Verbands auch als Einzelmitglieder zuzuführen.“

Antrag 5 und 6. Sektion der Drechsler Münchens und Kollege Dörfler: „Der Gauvorstand wolle sich der Mühe unterziehen, speziell im Drechslergewerbe eine Statistik auszuarbeiten, eventuell soll dem Vorstände Material dazu geliefert werden.“

Antrag 7 und 8. Landsküt und Wollfinger-Kempten: „Die Konferenz möge beschließen: Es sei Pflicht der Zahlstellen, einen bestimmten Betrag, 5 1/2 pro Quartal und Mitglied, an den Gauvorstand abzuliefern, event. diesen Betrag von den Mitgliedern zu erheben.“

Antrag 9. Köcher-München: „In Anbetracht der nicht ausreichenden Mittel des Gauvorstandes für Zwecke der Agitation werden die Münchener Sektionen ersucht, etwaige Ueberflüsse an den Gaukaisirer abzuliefern.“

Antrag 10. Pasing: Die Konferenz wolle eingehend erwägen, ob die Arbeitslosenunterstützung nicht als „freiwillige“ im Gau einzuführen sei.“

Antrag 11. Traunstein: „Der Gau des Gau 22 wolle darauf dringen, daß beim Holzarbeiterverbände auch bei Erhöhung der Beiträge die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werde, da auch der erste Jahresbericht des Arbeitersekretariats Münchens zeigt, daß nur jene Gewerkschaften mit Arbeitslosenunterstützung den höchsten stabilen Mitgliederstand aufzuweisen haben.“

Die Anträge 1, 2 und 3 wurden als selbstverständlich befunden, jedoch auf Protest des Delegirten Ostermann hin zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

Anträge 5 und 6 wurden gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dafür wurden aber die Zahlstellen beauftragt, Material für eine Gesamtstatistik zu sammeln und dem Gauvorstande zur Verfügung zu stellen.

Anträge 7 und 8 wurden gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Antrag 9 wurde angenommen.

Anträge 10 und 11 werden mit Rücksicht darauf, daß nächstes Jahr sich der Verbandstag doch wieder mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung zu beschäftigen haben wird, gegen 1 Stimme abgelehnt.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute tagende Gaukonferenz spricht den im Lohnkampfe stehenden Augsburger Kollegen ihre volle Sympathie aus, sie verspricht, für Fernhalten des Zugwages und finanzielle Unterstützung zu sorgen, wenn es zu ernstlichen Differenzen kommen sollte.“

Hierauf sprach Kollege Schneegäß im Namen des Vorstandes den Delegirten seine volle Anerkennung aus für den sachlichen Verlauf der Konferenz. Vorsitzender Raith dankte den Delegirten für die eifrige Mitarbeit und lud dieselben zum gemeinsamen Besuche des Frühlingkonzerts des Gesangvereins

Nicht verzagt" ein. Mit einem dreifachen Hoch auf das Ge-
selben der Organisation der Holzarbeiter schloß der Vorsitzende
die erste Sautonferenz.

Eingefandt.

Zur Generalversammlung der Central-Krankenkasse
der Tischler usw.

Wie aus Nr. 16 d. Bl. ersichtlich, hat der Vorstand die
Generalversammlung zum 16. Juli nach Nürnberg einberufen.
In Anbetracht dessen möchte ich den Ortsverwaltungen den vom
Unterzeichneten auf der letzten Generalversammlung der Frauen-
sterbekasse gestellten Antrag: „den Männern auch den Eintritt
in dieselbe zu gestatten“ (siehe Nr. 89 d. Bl. v. J.), warm em-
pfehlen. Die Generalversammlung glaubte ja, demselben nicht
zustimmen zu können, ohne die Meinung der Gesamtheit gehört
zu haben. Ich möchte daher die Ortsverwaltungen ersuchen,
in den Versammlungen die Meinungen der Mitglieder hierüber
zu hören. Der Vorstand wird schon, wie beschlossen wurde,
gelegentlich einer zwanglosen Besprechung, den Delegierten diesen
Antrag unterbreiten. Ich möchte nun noch darauf hinweisen,
daß verschiedene Klassen diese Versicherung eingeführt haben und
was in anderen Klassen möglich, wird ja auch bei unserer Klasse
angehen, zumal das Sterbegeld doch nur ein minimales ist,
eben ausreichend, um die Beerdigungskosten zu decken; wenn
aber diese Extraversicherung noch eingeführt wird, die Familie
wenigstens für's Erste noch gegen Noth geschützt ist. Deshalb
stellt diesen Antrag zur Diskussion, damit die nächste General-
versammlung der Frauensterbekasse hierüber Beschluß fassen kann.
S. Seitges, Hamburg.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Telegramm. Möbelfabriken in Alt-
Chemnitz, Siegmars, Neustadt,
Reichenhain Streif ausgebrochen.
Mehnert.

- Zugung ist fern zu halten von:
Dresdener nach Furtwangen (Furtwängler Söhne), Berlin
(Wilbhaueri H. Wolf, Fehrbellinerstr. 14);
Dresdener und Schirmarbeiter nach Malmö in Schweden
(Stadtfabrik von C. S. Richter);
Bau- und Möbeltischlern nach Dielefeld, Dortmund
(Born & Hoenig), Bruchsal, Hildesheim, Burg,
Claustral-Zellerfeld, Bernburg, Chemnitz
und Umgebung, Dresden (Wautischlerei von Nitzdorf,
Burchardstr. 6), Nürnberg (Bau- und Möbelfabrik von
Royer, Fürtnerstraße);
Tischlern nach Altona-Ottensen (Marcus & Franz),
Bahrenth, Bilsdruff, Landsberg a. d. W.
(Firma Lemmings Söhne), Dresden (Hüttig & Sohn),
Hamburg (Möbelfabrik von Schult in Hilbeck), Erfurt,
Offenbach a. M., Neustadt a. d. Haardt, Braun-
schweig, Bielefeld, Berlin (Möbeltischlerei von
J. G. Glöckler, Krautstr. 62, und Wautischlerei von W. Richter,
Hoppstr. 4), Schleswig, Bern (Schweiz);
Tischlern und Dresdener nach Mannheim;
Tischlern und Bildhauern nach Würzburg (Firma
Gebr. Billigheimer), Erfurt;
Tischlern und Stuhlbauern nach Burg bei Magdeburg;
Maschinenarbeitern, Rahmenschnitzern und Politur-
arbeitern nach Pasing (Gardorf & Brandenburg),
Frankfurt a. d. O. (Hugo Schüler);
Möbeltischlern nach Hamburg (Firma Dooze), Dittensen
(Firma Klein und Heß & Niffel), Düsseldorf (Düssel-
dorfer Eisenwerk vorm. Senff & Hege);
Stuhlmachern nach Hannover und München;
Schuharbeitern nach Berlin (Gebrüder Noa) und (Stadtfabrik
von Sembich, Alexanderstr. 22);
Schreibern, Dresdener, Bildhauern, Politurern und
Politurarbeitern nach Fürtz;
Korbmachern nach Pasewalk (Firma Paul), Malmö
(Schweden).

Aus Weida i. Thür. Ueber die stattgefundenen Lohn-
bewegung der Tischler in Weida ist zu berichten, daß die dort
gestellten Forderungen (siehe vorletzte Nummer) von den Meistern
anerkannt und bewilligt worden sind. — Dank dem einigen
Zusammengehen der dortigen Kollegen war es ein Leichtes, die
bestehenden Ansprüche ohne Arbeitsniederlegung durchzuführen.
Es wird überall zu den neuen Bedingungen gearbeitet.

Wegen fortgesetzter Maßregelung in der Roser'schen
Bau- und Möbelfabrik in Nürnberg, Fürtnerstraße, ist der
Zugung von Schreibern fern zu halten.

Nach Neubann bei Seifert & Schmidt ist der
Zugung von Tischlern fern zu halten.

Achtung, Tischler, Bildhauer und Polierer! In
anzwärtigen Blättern sucht die Firma Ziegenhorn & Jüder in
Erfurt Arbeitskräfte bei 35 bis 45 M. Stundenlohn. Da wir
in Erfurt im Streit stehen, ist Zugung fern zu halten.

In Groß-Schönan ist die 50stündige Arbeitszeit und die
Anerkennung der Wochen-Rommission erzielt worden; die nicht-
bewilligten Forderungen sind einweilen zurückgestellt worden.

Achtung, Wautischler! In der Wautischlerei von W.
Richter, Berlin, Hoppstraße 4, haben sämtliche Tischler wegen
Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugung ist fern zu halten.

Aus Dresden. In der Wautischlerei von Nitzdorf,
Burchardstraße 6, ist es zur Arbeitseinstellung gekommen.
Es sei bemerkt, daß Herr Nitzdorf versucht,
Lohnforderungen voranzutreiben, besonders bei jüngeren, weniger
erfahrenen und jüngeren Arbeitern. Um einen kräftigen
Einfluß gegen die Arbeiter zu führen, werden Maschinen an-
geschafft, mit deren Hilfe die Löhne gedrückt und der Konkurrenz
die Spitze geboten werden sollte. Die erste Absicht mißlang
der Wautischler der Arbeiter. Zu Beginn des Frühjahrs
sahen plötzlich mehrere Tischler ohne Weiteres entlassen, mit
der Begründung, daß keine Arbeit da sei. Es waren diejenigen

Arbeiter entlassen worden, die die Vorkühler ihrer Kollegen
und anfeuernd und aufreizend unter ihnen tätig gewesen
waren. Wenn Herr Nitzdorf dadurch „Ruhe“ zu schaffen ge-
dachte, so hatte er sich allerdings verrechnet, es dauerte keine
14 Tage, so war die Werkstatt wieder voll von Leuten, die
den Entlassenen nichts nachgaben.

Nun würde ein neuer Werkführer eingestellt, bereits der
fünfte seit Oktober 1897, und nun sollten gleich Fenster ge-
arbeitet werden ohne daß das Anschlaggen auf dem Bau mit
in dem Akkord verbergen wurde, weil — das noch die einzige
Arbeit ist, bei der etwas Nennenswerthes zu verdienen ist. Die
Tischler waren natürlich nicht damit einverstanden. Als sie nun
in der Werkstatt darüber berieten, was zu thun sei, wurde
ihnen vom Werkführer bedeutet, die Werkstatt sei kein Ver-
sammlungslokal, wenn sie sich versammeln wollten, so sollten
sie hinausgehen. Darauf verließen dann sämtliche Arbeiter
die Werkstatt. Kurze Zeit darauf schickten sie drei ihrer Kollegen
zu Herrn Nitzdorf und ließen anfragen, ob e. gewillt sei, mit
den Arbeitern zu unterhandeln. Herr Nitzdorf erwiderte: „Zehn
Mann sind entlassen und die Anderen können die Arbeit ein-
schließen des Anschlagens übernehmen.“ Er hielt indes nicht
lange Wort; nach einer halben Stunde erklärte er, Niemand
dürfe am selbigen Tage wieder anfangen, er wolle sich die
Sache noch überlegen. Die Entlassenen sollten ihr Geld Abends
6 Uhr haben. Als diese kamen, war Herr Nitzdorf aber nicht
zu Hause, Hof und Werkstatt waren verschlossen. Am anderen
Morgen waren vier Polizisten zur Stelle. (1) Mehreren
Arbeitern wurde nach kurzem Wortwechsel sofort die Werkstätte
verwiesen, so daß sie nicht einmal die ihnen gebührenden Sachen
einpacken konnten. Den Uebrigen wurde nach längerem Streit
versprochen, daß sie die Fenster fertigen und auch anschlagen
sollten. Nicht der Entlassenen werden ihr Recht auf dem
Gewerbegericht suchen.

Augsburg, 20. April. (Preissteigerung für Schreiner-
arbeiten.) Die hiesigen Schreinermeister gaben im Inseraten-
theile der Tagesblätter bekannt, daß sie durch die Lohnbewegung
unter den Gehilfen und die seit Jahren sich steigenden Preise
der Rohmaterialien sich genöthigt sehen, die Preise zu erhöhen.

Achtung! Korbmacher! In Malmö (Schweden) stehen
sämmliche Korbmacher im Streit. Die Unternehmer lehnen jede
Unterhandlung ab und suchen in Deutschland Arbeitskräfte
heranzuziehen. Zugung fern halten! Anfragen zu richten an C.
L. Peterson, Sjölandsgade Nr. 7, 2. Et. (Kopenhagen).

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der zweite Kongreß deutscher Berg- und Hütten-
leute fand bei Anwesenheit von 78 Delegirten in Halle statt
und nahm folgende Resolutionen an:

I. Trotz der sich durch den steten Geschäftsgang stark häu-
fenden Massen- und Einzelunfälle im deutschen Berg- und Hütten-
wesen, trotz der offenkundigen systematischen Hintergehungen der
staatlichen Grubenkontrolle durch die Werksleitungen hat sich die
Staatsregierung nicht veranlaßt gesehen, den berechtigten Wünschen
der Bergarbeiter nach größerem Schutz ihres Lebens zu will-
fahren. Die Regierungen haben nicht auf die Stimme des in
seinem Leben bedrohten Bergarbeiters gehört, sondern sich dem
gemeinschädlichen Willen der Unternehmer gefügt, wie die Ver-
handlungen des preussischen Abgeordnetenhauses beim Etat der
Bergverwaltungen es aller Welt lehren. Wir erklären, daß
mit dieser Haltung die Staatsleitung nicht den Willen zeigte,
im Sinne einer gesunden Sozialpolitik zu wirken. Nach wie vor
stehen wir auf dem Standpunkte, daß erst die Zuziehung praktischer
gebildeter, von ihren Kameraden frei gewählter Arbeiter zur
Grubenkontrolle diese wirksam macht. Alle anderen Maßnahmen
zum Schutze des Bergarbeiters verdienen nach längst bewährter
Erfahrung nicht Reformen genannt zu werden. Sie überkleistern
höchstens die krassesten Mißstände, belassen es aber im Wesent-
lichen bei dem Zerbröckel, welches heute die deutsche Gruben-
kontrolle darbietet. Will man wirklich arbeiterfreundlichen Geist
beweisen, dann gebe man endlich den Berg- und Hüttenleuten
das doch selbstverständliche Recht, sich durch eigens gewählte
Hülfsinspektoren schützen zu lassen vor gewaltthätigem Tod oder
Verhümmelung. In diesem Punkte sind sich die Vergleute aller
Nichtungen einig und sie empfinden es als eine empörende Un-
gerechtigkeit, daß ihnen das so selbstverständliche Recht des Selbst-
schutzes verweigert wird. Nochmals erheben wir die auf dem
vorjährigen (Dortmunder) Kongreß gestellten Forderungen be-
züglich des Arbeiterschutzes. Solange diese unumgänglichen
Forderungen nicht erfüllt sind, trifft alle Schuld an den
Unglücken in der Tiefe Diejenigen, die uns hindern, das ohne-
dem schon schwere Loos des Grubenarbeiters nach Möglichkeit
zu mildern.

II. Wie die Berichte der Knappschafftskassen und Berg-
inspektoren ergeben, hat sich der Gesundheitszustand der berg-
und hüttenmännischen Bevölkerung seit Jahrzehnten in er-
schreckendem Maße verschlechtert. Die Ursache dieser Erscheinung
ist zu suchen in der unzulänglichen, meist sogar ganz fehlenden
Sicherung der Arbeiter vor den gesundheitszerstörenden Ein-
flüssen der Berufsarbeit. Sollen sich die Gesundheitsverhältnisse
der Berg- und Hüttenleute bessern, dann sind folgende Maß-
nahmen zu treffen: 1. Auf allen Gruben und Hütten sind aus-
reichende saubere Wasch- bezw. Badesgelegenheiten (Einzelbrausen)
zu schaffen. Umkleideräume sind im unmittelbaren Anschluß an
die Reinigungsanstalten zu erbauen. 2. Für die sofortige Hülfe
der Verletzten und Kranken sind gut ausgestattete Verbandstuben
auf den Werken einzurichten. Für schnelle ärztliche Hülfe muß
Vorsorge getroffen werden. Die Werke sind zu verpflichten,
Transportmittel für die Verletzten in der Weise zu beschaffen,
daß der Verletzte in humanster Weise fortgeschafft werden kann.
Es wird gefordert, daß auf jeder Grube, je nach Größe der
Belegschaft, mehrere Leute vorhanden sind, die mit der ersten
Hülfeleistung bei Unglücksfällen durchaus vertraut sind. Zur
Ausbildung dieser Leute sollen unsere Knappschafftsärzte ver-
pflichtet werden. 3. Bei Annahme der Arbeiter hat in pein-
lichster Weise die ärztliche Untersuchung der Neuzustellenden
zu geschehen, um so die Durchseihung ganzer Belegschaften
durch ansteckende Krankheiten zu verhüten. 4. Auf allen Werken
ist für ausreichendes, gesundes Trinkwasser jeitens der Werks-
leitungen Sorge zu tragen. 5. Alle Werke sind gehalten, ge-
nügen große, vor Witterungseinflüssen geschützte, saubere, er-
warmte und erleuchtete Räume zu stellen, in denen die Arbeiter
ihre Mahlzeiten einnehmen, die Lohnzahlungen entgegennehmen
und den Beginn der Arbeit abwarten können.

III. „In Erwägung, daß die Berg- und Hüttenarbeiter
nicht nur die schwersten und gefährlichsten Arbeiten verrichten
müssen, sondern auch, daß die Arbeiten meistens unter den
Umständen im Bergbau bei schlechter, gasiger Luft, bei großer
Hitze oder auch bei unerbittlicher Kälte und in den Hütten
bei schädlichem Rauch und Staub und glühenden Oefen usw.
ausgeführt werden müssen, erklärt der Kongreß es für bringende
Nothwendigkeit, baldigst einen gesetzlichen, achtstündigen Normal-
Arbeitstag einzuführen und die Frauenarbeit im Bergbau zu
verbieten. In weiterer Erwägung, daß bei den schweren Arbeiten
auch die Menschen bald aufgegeben und invalide werden, wenn
sie nicht besonders kräftige und gute Nahrung zu sich nehmen
können, fordert der Kongreß als angemessene Lohnentwädigung
einen Durchschnittslohn von M. 5 pro Tag. Desgleichen ist die
Frauen- und Kinderarbeit auf den Gruben und Hütten gesetzlich
zu verbieten. Die Arbeit unter Tage darf erst mit vollendetem
18. Lebensjahre beginnen.

IV. Nach den mit statistischen Angaben belegten Erörte-
rungen des Delegirten der Grisselmacher, Weigelt-Steinach, hat
der Kongreß die Ueberzeugung gewonnen, daß die Zustände in
der Grisselindustrie in Sachsen-Meinungen als außerordentlich
traurige bezeichnet werden müssen; ferner, daß der Meiningische
Fiskus die günstige Monopolstellung, welche er als der weitaus
größte Besitzer inne hat, noch nicht aus eigenem Antriebe zur
Verbesserung der Löhne seiner Arbeiter benutzte, sich vielmehr
vergeerte, auf Vorschläge in diesem Sinne einzugehen. Er giebt
ber ganzen Kulturwelt das häßliche Schauspiel einer erstaun-
lichen sozialpolitischen Rückständigkeit. Die dadurch entstandene
und sich immer mehr ausdehnende Frauen- und Kinderarbeit
in der Grisselindustrie ist geradezu himmelschreiend geworden.
Der Kongreß spricht die schärfste Mißbilligung darüber aus
und erwartet, daß nunmehr die Lage der Grisselmacher wenigstens
menschlich gestaltet werde. Ihre jetzigen Erwerbsverhältnisse
sind mit einem langsamem Hinmorden zu vergleichen und fordern
flammanden Protest aller human denkenden Menschen heraus.
Der Kongreß wünscht der Bewegung der Grisselmacher zur
Verbesserung ihrer elenden Lage die Unterstützung aller deutschen
Vergleute.“

V. „Der Voll- und Lehrhauer darf weder zum Kohlen-
fahren, noch zum Bergebergehen verwendet werden. Der dies-
jährige Bergarbeiterkongreß protestirt energisch dagegen, daß
dem Lehrhauer 20 pZt. weniger an Lohn gezahlt werden, als
dem Vollhauer. Dies umsomehr, da doch dieser Abzug nur
den Vorkesslern zu Gute kommt. Das Berggewerbegericht
muß bei allen Verhandlungen statt mit zwei Vertretern (ein
Arbeitnehmer- und ein Arbeitgeber-Vertreter) durch vier Beisitzer
vertreten sein.“

VI. „Der zweite Kongreß deutscher Berg- und Hütten-
arbeiter protestirt nachträglich gegen jede Beschränkung des
Koalitionsrechts der Arbeiter, wie sie geplant wird in der an-
gekündigten Zuchtthausvorlage. Wir verlangen völlige Freiheit
der Vereinigung für die Arbeiter, da nur ein wirklich freies
Volk auch empfänglich ist für eine hohe geistige Bildung. Nicht
mit bräunlichen, die Arbeiterschaft empörenden Gerichtsurtheilen,
sondern durch Anerkennung der staatsbürgerlichen Rechte der
arbeitenden Klasse ist der soziale Frieden gesichert.“

Als Ort des nächsten Kongresses wurde Braunschweig be-
stimmt.

Der Verband der Bäcker und Berufsgenossen
Deutschlands hielt von Montag, den 10., bis Mittwoch,
den 12. April, in München seine siebente Generalversammlung
ab. Den Vorstands- und Kassenbericht erstattete der Vorsitzende
Allmann-Hamburg: Seit der letzten Generalversammlung sei in
der Mitgliederzahl ein großer Aufschwung zu verzeichnen, auch
die Stabilität sei besser geworden, wenn dies auch noch viel zu
wünschen übrig lasse. Die Gesamtmaßnahmen der Verbands-
kasse beliefen sich im Jahre 1898 auf M. 30 266,30, gegen
M. 14 555,11 im Vorjahre. Erfreulich sei es, daß sich die
Mehrzahl der Mitgliedschaften wie die Hauptkasse recht schnell
wieder erholt haben vom Streit in Hamburg-Altona, wo manche
Mitgliedschaften alle ihre Baarmittel zur Unterstützung der
Streitenden geopfert haben. Das Schmerzenskind in der Or-
ganisation sei Berlin mit seinen zwei Organisationen; neben der
Mitgliedschaft des Verbandes bestünde dort noch ein Lokalfach-
verein, und sind nach der letzten Generalversammlung dort Ver-
hältnisse eingeriffen, wonach an ein gemeinsames Arbeiten nicht
zu denken war. Es wurde von Seiten des Vorstandes eine
gemeinsame Sitzung mit der Vorstandschaft des Lokalvereins
abgehalten und wurde in derselben eine Verbesserung der Ver-
hältnisse erzielt. Der Vorstand sei von der letzten General-
versammlung beauftragt worden, mit den Konsumvereinen und
den Genossenschaftsbäckereien in Fühlung zu treten, um einen
gewissen Druck auf jene Bäckermeister ausüben zu können, die
ihre Baaren an die Konsumvereine liefern und die betreffenden
Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Bei dieser Ge-
legenheit habe sich erst gezeigt, von welcher großer Bedeutung die
Konsumvereine für die Bäckerarbeiter sind. Von den etwa
1400 Konsumvereinen in Deutschland sind nämlich über 400
vorhanden, bei denen Brot den Hauptartikel bildet. Er habe
in den dortigen Krankheitsstatistiken vergeblich nach der Krankheit
gesucht, die in Deutschland unter den Kollegen einen so breiten
Raum einnimmt, nämlich der Syphilis. Als er sich nach dem
Grund dieser auffallenden Erscheinung erkundigte, sei ihm all-
gemein erwidert worden, daß mit dem Augenblicke, wo das Kost-
und Logiswesen beim Meister abgeschafft wurde, auch diese
Krankheit verschwunden sei. Mit dem Erfolg der Lohn-
bewegungen der letzten Jahre könne man zufrieden sein. Redner
fordert zum Schlusse auf, auch in Zukunft Alles zu versuchen,
daß die Organisation rüstig nach vornwärts schreitet. Nach dem
Vorstandsberichte kam die Debatte über die Lohnbewegungen
und Streiks an die Reihe. Der Referent zergliederte, was die
Bäcker aus den bisherigen Lohnbewegungen zu lernen hätten
und gab manche hehrzigenwörtheren Winke. Eine Resolution,
welche dem Vorkessler zugehen soll, wendet sich gegen die
geplante Verschlechterung des Maximalarbeitstages (84 Stunden
pro Woche) und beantragt eine Abänderung des § 120 e der
Gewerbeordnung dahin, daß der zwölfstündige Arbeitstag
gesetzlich ist. Die Einführung der Arbeitslohnunterstützung
wurde gegen neun Stimmen abgelehnt. Der Vorstand wurde
hiernach beauftragt, ein Streikreglement zu schaffen. Zu Zwecken
der Agitation soll pro Mitglied und Vierteljahr ein Extrabeitrag
von 20 M. erhoben, das Verbandsorgan wöchentlich heraus-
gegeben und der Abonnementpreis auf M. 2 erhöht werden.
Der Verband soll in Gause eingetheilt werden. Die Mißstände
in der Konsum-, Genossenschafts- und Vereinsbäckereien gaben
Anlaß zu einer Resolution, welche den Bezug von Arbeitern

nur durch den Verbandsarbeitsnachweis und ferner die Einführung der Achtfundenzicht in den betreffenden Betrieben verlangt. Als Sitz des Zentralvorstandes wurde Hamburg, als Sitz des Ausschusses München bestimmt.

Ein internationaler Textilarbeiter-Kongress soll im Jahre 1900 in Berlin abgehalten werden. Sofern sich der Abhaltung dieses Kongresses von der Reichsregierung Schwierigkeiten entgegenstellen würden, ist beabsichtigt, den Kongress in Paris, wo zu gleicher Zeit ein internationaler allgemeiner Arbeiterkongress abgehalten wird, stattfinden zu lassen. Bekanntlich fand der letzte internationale Textilarbeiter-Kongress im Jahre 1897 ebenfalls in Frankreich, und zwar in Roubaix, statt. Für das Jahr 1900 ist ferner ein deutscher Textilarbeiter-Kongress geplant.

Unter den Textilarbeitern Sachsens soll in der nächsten Zeit eine umfangreiche Agitation zur Herbeiführung des zehntägigen Arbeitstages in allen Textilfabriken in Szene gesetzt werden. Für mehrere Fabrikpläne sind diesbezügliche Agitationsversammlungen bereits angelegt. Eine gleiche Agitation wird auch in der thüringischen Textilindustrie angebahnt.

Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung in Ostpreußen. Auch in der sonst von der Gewerkschaftsbewegung garnicht berührten Militärstadt Metz hat es endlich angefangen, etwas lebendig zu werden. Nachdem dort bereits vor Jahresfrist die Schuhmacher sich organisiert hatten, folgten bald darauf die Holzarbeiter ihrem Beispiele. Dies war das Signal für die anderen Arbeiter, die sich nun ebenfalls zu regen begannen. Maler, Anstreicher, Lackierer, Maurer, Steinhauer, Dachbeder, Bierbrauer, Küfer und Bäcker versammelten sich in Schritten zur Gründung von Gewerkschaften, die sich ihren Zentralverbänden in Ostpreußen anschlossen. Das Unternehmertum geriet durch die Bewegung in nicht geringe Angst und versuchte, wie gewöhnlich, die Bewegung durch Maßregelung der führenden Personen zu keimen zu ersticken. Als dies nicht gelang, nahmen die Herren ihre Zuflucht zur Polizei. Sämtliche von den provisorischen Vorständen der neu gegründeten Gewerkschaften eingereichten Gesuche zwecks Erlangung der polizeilichen Genehmigung, wurden abschlägig beschieden, Privatversammlungen der Arbeiter ohne Weiteres aufgelöst, die Einberufer verfolgt, und was der Maßnahmen mehr sind. Aber mit welchem Erfolge? Die in den Privatversammlungen durch Vorträge, Flugchriften und Gewerkschaftsblätter aufgeklärten Arbeiter blieben, nachdem ihre lokalen Gewerkschaften den behördlichen Segen nicht erhalten hatten, Einzelmitglieder der Zentralverbände und hielten um so zäher zu ihren Organisationen. Gegenwärtig gehören etwa 600 Metzger Arbeiter den letzteren an, gewiß ein schöner Erfolg unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen! Wenn nun damit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch noch nicht viel getan werden konnte, so soll doch nicht unerwähnt bleiben, daß bereits in zwei Fällen eine von den Unternehmern versuchte Lohnreduktion mit Erfolg zurückgewiesen wurde. Sollten die Behörden wie bisher fortfahren, im Bunde mit dem Unternehmertum die Arbeitererschaft zu bekämpfen, und ihre ohnehin schon spärlichen Rechte noch mehr zu verkürzen, so steht zu hoffen, daß binnen Kurzem die große Mehrzahl der Metzger Arbeitererschaft aus ihrer lethargie ausgehörtet und der Organisation ihres Berufes zugeführt wird. — Bravo!

Berliner Gewerkschaftshaus. Mit dem Bau des Berliner Gewerkschaftshauses hat noch nicht begonnen werden können, da die polizeiliche Bauerlaubnis noch aussteht. Im Uebrigen ist Alles so vorbereitet, daß sofort nach Eintreffen der Bauerlaubnis der Bau beginnt. Von der Größe des Unternehmens kann man sich eine kleine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß das erworbene Grundstück, Engel-Ufer 15, eine Straßenfront von 34 m und eine Tiefe von 102 m hat. Der Preis des Grundstücks beträgt M. 535 000. Eine genaue Beschreibung der zu errichtenden Räume werden wir sofort nach Eintreffen der Bauerlaubnis bringen. Daß man das Unternehmen auch in bürgerlichen Kreisen für gesteuert hält, geht aus dem Umstande hervor, daß bereits jetzt die Berliner Schultheißenbrauerei das bordere Restaurant und die Säle auf eine Reihe von Jahren unter für das Gewerkschaftshaus sehr günstigen Bedingungen gepachtet hat. Die Herberge und das damit verbundene Restaurant werden von der Gesellschaft „Gewerkschaftshaus“ selbst betrieben werden.

Der schweizerische Arbeitertag, der vor Kurzem in Luzern tagte und von 318 Delegierten besucht war, erklärte sich unter Zustimmung der katholischen Arbeitervereine für Schaffung

eines parteilose und religiös völlig neutralen, alle Berufsorganisationen der Schweiz umfassenden Gewerkschaftsbundes und nahm die Thesen über Arbeitslosenversicherung an. Ferner beschloß man eine Eingabe an den Bundesrat, der die vom Bauernbund zur Finanzierung der Kranken- und Unfallversicherung befristete Biersteuer.

Die Delegiertenversammlung der Grütlvereine in St. Gallen (Schweiz) nahm folgende Resolution an: „Der Gewerkschaftsbund hat als solcher der politischen Organisation fern zu bleiben. Er soll, abgesehen von der Parteilichkeit seiner Mitglieder, rein gewerkschaftliche Ziele verfolgen. Die Einbeziehung desselben in eine bestimmte politische Partei und sein Eingreifen in politische Fragen schadet in erster Linie ihm selber, ferner der politischen Organisation und ihrer Aktion. Die Delegiertenversammlung stellt sich in dieser Frage durchaus auf den Boden des Arbeitertages in Luzern.“

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zweimal M. 150 Geldstrafe war der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in Gesees münde angedroht worden, weil sie sich beharrlich weigerte, auf Aufforderung des Landraths ein Mitgliederverzeichnis einzureichen. Auf eingelegte Beschwerde entschied der Regierungspräsident, daß die Zahlstelle kein Verzeichnis einzureichen brauche, weil sie keine selbstständige Vereinshätigkeit entfalte.

Eine „Nötigung“ kann auch straffrei sein — so hat der Strafsenat des Oberlandesgerichts entschieden. Der an sich nebensächliche Fall ist deshalb interessant, weil er zu einem Vergleich damit herausfordert, wie der Nötigungsparagraf von sächsischen, speziell Dresdener Gerichten samt dem Oberlandesgericht Arbeitern gegenüber, die bei Streiks oder sonstigen Gelegenheiten ihre Interessen wahrnehmen, angewandt und bestimmt wird. Ein Kaufmann Richter in Niederlößnitz hatte in seiner Eigenschaft als Gemeinderatsmitglied auf der Expedition des Gemeinbeamtens vom Registrator die Vorlegung einer amts-hauptmannschaftlichen Verfügung behufs Einsichtnahme verlangt. Der Registrator konnte dem an sich berechtigten Wunsche nicht Rechnung tragen, weil das Schriftstück in den Händen des Gemeinbeamtens war. Darüber aufgeklärt, drohte Richter dem Registrator, ihn von seinem Posten zu bringen, wenn er in einer Stunde das Schriftstück nicht besorge. Wegen dieser Nötigung wurde Richter, ein „gutgeleiteter“ Bürger, vom Schöffens- und vom Landgericht zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, wogegen er Revision einlegte. Das Revisionsgericht fand nun zwar auch die Anwendung des Nötigungsparagrafen (§ 240) ganz korrekt angewendet; es sprach aber den Angeklagten trotzdem frei, weil er sich in einem nicht strafbaren Irrthum befunden habe (1), als er die drohenden Worte aussprach.

Wie oft mußte nicht schon über Fälle berichtet werden, wo Arbeiter wegen irgend einer in ihrem Arbeitsinteresse gegen Unternehmer oder „Arbeitswillige“ gethanen Neuerung zu wochen- und monatelanger Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Was man hier als „straffreies Irrthum“ ansieht, mußte dort als Begründung für die Verurteilung dienen, wurde als „ungeheurer Terrorismus“ straffschärfend in Betracht gezogen.

Technisches.

Südamerikanische Hölzer in Deutschland. Auf dem Gebiete des Holzimports vollzieht sich, wie man aus Kiel schreibt, ein Umsturz. Die Ostseehölzer werden mehr und mehr durch die Bitchpine-Hölzer verdrängt, da diese sich im Import von Südamerika billiger stellen. Der Hauptvorzug, der dieser Fichte indessen eine so allgemeine Aufnahme gegeben, ist ihre bedeutend höhere Widerstandsfähigkeit gegen Witterungseinflüsse. Nicht allein, daß man in neuester Zeit Bitchpinehölzer für Kapsteiler und Schiffsbrücken verwendet, sie werden auch vielfach im Schiffsbau gebraucht, und für diesen Zweck macht sich bereits eine größere Nachfrage geltend.

Vermeidung des Delauschlagel bei Möbeln. Jedermann, nicht nur der Fachmann, sondern auch der Laie, kennt das Uebel des Delauschlagel bei polirten Möbeln. Wie viele Kreise dieser Missethand zieht, und wie allgemein dieses Uebel bekannt ist, wird wohl am sichersten dadurch illustriert, daß bei Neuanschaffungen einer Einrichtung der betr. Fabrikant resp. Lieferant sich verpflichten muß, nach einem, selbst noch nach zwei Jahren die Möbel unentgeltlich auszuliefern. — Die Polituren, die bisher in Anwendung gekommen sind, selbst wenn

dieselben aus tadellosen Ingrebentien bestehen, haben selber keine diesbezügliche Remedur schaffen können. Den Hauptbestandteil der Polituren bildet der Schellack, der aus dem sogenannten Stod- oder Stangenlack, einem eigenthümlichen Pflanzenwachs und Harz, gewonnen wird. Dieses ebengenannte Pflanzenwachs des zum Poliren verwendeten Schellacks verbindet sich mittelst seiner Affinität zu Oelen und Fetten innig mit dem Del, das beim Schleifen und Poliren ebenfalls in Anwendung kommt. Es bildet sich demzufolge eine weiche, klebrige und schmierige Masse. Diese verhindert nicht nur, daß die Politur hart und widerstandsfähig gegen Witterungseinflüsse wird, sondern sie ruft bei selbst gut polirten Flächen eine unangenehme Erscheinung hervor, nämlich, daß die Möbel nicht blank und spiegelglatt sind, sondern schmierig und verklebt aussehen und, in der Sonne betrachtet, einen grünlichen Schein haben. Dies ist das Hauptübel, denn jeder noch so geübte Polirer muß hierbei seine Ohnmacht eingestehen, da es ihm unmöglich ist, das beim Poliren verwendete Del glatt nach oben und nach unten zu verreiben. Die Folge davon ist, daß das Del haften bleibt, sich, wie oben gesagt, mit dem Pflanzenwachs verbindet und nach kürzerer oder längerer Zeit den Delauschlag hervorbringt, der, wie es der Laie bezeichnet, das „die Möbel auschwigen“. Jede Hausfrau kennt dies und wie oft bemüht sie sich selbst durch anhaltendes Reiben mit allen erdenklichen Mitteln, wie Petroleum, Salmiakgeist, auf den betr. Möbeln Glanz hervorzurufen! — Mit einem Schläge ist der Fabrikant dieser Kalamitäten entbunden. Der chemischen Fabrik und Lackfabrik C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin, ist es gelungen, dadurch, daß sie dem Schellack das sogenannte Pflanzenwachs entzieht, eine Politur unter den Namen „Granatpolitur D. N. Nr. 21588“ herzustellen, die kristallhart wird, widerstandsfähig ist gegen Witterungseinflüsse und niemals einen Delauschlag hervorbringt. Ferner ist die Granatpolitur äußerst ergiebig, fördert das Poliren außerordentlich und beansprucht im Verhältnis zur gewöhnlichen Schellackpolitur äußerst geringen Zeitaufwand.

Literarisches.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, Verlag von H. S. Hermann. Die als Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ erscheinende Monatschrift enthält in Nr. 7 u. 8: Der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis in Deutschland. — Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben usw.

Soeben ist im Verlage von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen: Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweise. Von Richard Calver. 68 Seiten. Preis broschirt 30 S. — Aus dem Inhalt theilen wir mit: Einleitung. — Die Publizität des Arbeitsmarktes. — Die Neutralität des Arbeitsnachweises. — Geschichte und Einrichtung der öffentlichen Arbeitsnachweise. — Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung. — Schlussfolgerungen: Arbeitsbörsen. — Anhang: Druckfachen des Städtischen Arbeitsamts München. 1. Statut. 2. Geschäftsordnung.

Wir werden auf die sehr zeitgemäße Broschüre demnächst ausführlicher zurückkommen.

Briefkasten.

* Verschiedene Berichte mußten wegen verspäteten Eintreffens und Raumangels zurückgestellt werden.
* Welche Firma liefert billige Stahlspähne und woher bezieht man Delleisten für Koffer in Rothbuche, Fichte oder Niefer? Nürnberg. Sektion der Tischler. Wir müssen die Aufnahme derartiger Inserate ablehnen.
Nürnberg. (Brief ohne Unterschrift.) Betreffs der Korrespondenz aus Bayreuth sehen wir der angekündigten Berichtigung entgegen.
Bremen, D. G. Die Redaktion der „Günther'schen Tischlerzeitung“ befindet sich in Berlin W 85, Bülowstr. 6.
Oranienburg, P. Wenn Sie mit dem betreffenden Beschluß des Vorstandes nicht einverstanden sind, so wenden Sie sich an den Ausschuß (Hr. Rob. Schmidt, Berlin SO., Raunhstr. 40, 4. Et.). Das Eingekamte steht Ihnen zur Verfügung.
Leipzig, A. 2. 99. Durch Maschinen gezogene Rundhölzer liefert C. A. Meyer, Berlin-O., Köfnerplatz 9 und Ferd. Wendig Söhne, Landsberg a. b. Warthe.
Sojen, W. Ihr Bericht folgt in nächster Nummer.

Berichtungs-Anzeiger.

- (Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 S.)
Braunschweig. Sonnabend, den 29. April, Abds. 8 1/2 Uhr, im „Rhein. Hof“, Wendenstr. 45.
Grißlich. Sonnabend, den 18. Mai, Abends 8 Uhr, im „Belvedere“. L.-D.: Vortrag, Geschäftliches, Aufnahmen und Fragekasten.
Jerlohn. Samstag, den 29. April, im Lokale von J. Klein, Friedrichstr. 9.
Lauterberg. Sonnabend, den 6. Mai, im Vereinslokal. L.-M.: Quartalsabrechnung und Verschiedenes.
Schöneberg. Donnerstag, den 4. Mai, bei Obst, Orniwaldstr. 110.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Redaktionshause. Behollm. 2. Hofstr., Promenade 101, 1. Et. Kassirer S. Paul, Hofgarterstr. 308/6. Letzterer schilt die Reiseunterstützung Abends von 7 1/2 — 8 1/2 Uhr aus. Verkehrslokal bei Käuper, Kampstraße.

Achtung, Altona! Allen Arbeitern, welche in Tischlereien beschäftigt sind, geben wir hiermit bekannt, daß laut Beschluß der öffentlichen Holzarbeiterversammlung der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Sämtliche Kollegen werden ersucht, diesem Beschlusse nachzukommen und sich am 1. Mai, Morgens 8 Uhr, im Verkehrslokal, Nordstr. 37, einzufinden.

Arnstadt. (Zur Maifeier.) Die Arbeitererschaft Arnstads wird auch dieses Jahr das Weltfest der Arbeit feierlich begehen, und ist zu erwarten, daß sich auch unsere Mitglieder an der Maifeier vollständig beteiligen. Am Sonntag Abend findet im Saale des alten „Schönbrunnen“ eine Abendunterhaltung statt und sind hierzu Karten à 20 S beim Vorstehenden zu haben. Im selbigen Lokale findet am Montag, Abends 8 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung statt. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich am Montag, Abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Tunnel Günsel“ einzufinden und von da aus gemeinschaftlich die Versammlung zu besuchen. Für diejenigen Kollegen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen können, sei mitgeteilt, daß für den Nachmittag ein Ausflug beabsichtigt ist. Zusammenkunft: Nachmittags 2 Uhr vor dem „Schönbrunnen“. Alles Weitere siehe „Tribüne“.

Jerlohn. Reiseunterstützung zahlt aus der Bevollmächtigte S. Krüger, Schützenhof 5.

Aufforderung.

Der Korbmacher Adolf Bachmann aus Zürich (Schweiz) wird ersucht, seine Adresse an Martin Walthauer, Basel, Nyffstr. 6, zu Händen des Vorstandes des Schweizerischen Korbmacher-Verbandes, gelangen zu lassen. Kollegen, welchen der Aufenthalt bekannt ist, werden freundlichst ersucht, uns hiervon Mittheilung zu machen. [M. 1,10] Vereinigte Korbmacher der Schweiz.

Aufforderung.

Wir ersuchen den Kollegen Karl Müller aus Mainz, Buch-Nr. 157713, das aus unserer Bibliothek entlehnte Buch „Das Deutsche Reichsgesetz“, 2. Band, sofort an uns abzuliefern. Kollegen, welche den Aufenthalt des Betreffenden wissen, werden gebeten, uns davon in Kenntniß zu setzen. Die Ortsverwaltung Darmstadt. J. A.: R. Köper, Liebfrauenstr. 66.

Aufforderung.

An sämtliche Verwaltungsstellen! Um die Adresse des Tischlers Gustav Marum aus Hansenberg, geb. 28. 9. 61, eingetreten 7. 8. 98 zu Nürnberg, wird gebeten. L. Stein, Nürnberg, Magthorgraben 3a.

Nachruf.

Am 23. April starb nach kurzer schwerer Krankheit unser treues Mitglied, der Kollege

Heinrich Veigt,

Küfer, im Alter von 24 Jahren. Ihre feinem Andenken! Die Ortsverwaltung Düsseldorf.

Bitte den Tischlergesellen Aug. Rauschnabel um Angabe seiner Adresse oder baldige unfrankierte Zusendung weiner Zeichnungen.

F. Kick, Bautechniker, Berlin W, Tauentzienstr. 16.

Tischlergeselle Emil Stender aus Wittenburg i. Westph. wird um seine Adresse, wegen Erbschaft, gebeten. Kollegen, welche seinen Aufenthalt kennen, werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Carl Stender, Schleswig, Polierreich 14. [M. 2,10]

Der Tischler Karl Bockholdt, geb. zu Schwerin, wird gebeten, seine Adresse an G. Rothenpieler in Siegen zu schicken.

Einige tüchtige **Tischler** werden sogleich in dauernde Stellung gesucht.
F. A. Adena,
 Heppens b. Wilhelmshaven.

Tüchtige **Tischler** auf gute **Möbelarbeit**, sowie solche, die speziell auf Bettstellen eingearbeitet sind, werden formwährend eingestellt. Gut lohnende **Affordarbeit**. Reisevergütung.
B. Harrass, Möbelfabrik,
 Bühlen i. Thür.

2 Schreinergehilfen auf pol. Möbel sofort für dauernd gesucht.
Ph. Hens, Worms-Neuhäusen.

Ein **jüngeren Tischlergehilfen** sucht sofort
M. Eckstein, Ziegenrück (Saale).

3 tüchtige, **erfahrene Möbelschreiner** finden bei hohem Lohn dauernde und sichere Stellung bei
Karl Lück, Schreinermeister,
 Lüdenscheid.

12-15 tüchtige **Möbelschreiner** finden sofort dauernde und gut bezahlte Beschäftigung.
E. Beck, Möbelschreiner,
 Vietingheim (Württemberg).

Tüchtige **Schreiner** finden dauernde, gut bezahlte Arbeit bei
Philipp Jung, mechanische Schreinerei,
 Bruchsal (Waben).

Möbelschreiner! Tüchtige Arbeiter auf **Sartolmöbel** finden dauernde Beschäftigung bei
A. Lutz, Möbelfabrik,
 Kreuzlingen am Bodensee (Schweiz).

Zwei **erfahrene Schreinergehilfen** und ein **Möbelpolierer** sofort für dauernde Stellung gegen hohen Lohn gesucht.
F. W. Heckmann, Lüdenscheid.

Tüchtiger **Stellmacher**, der schon auf **Kasten** gearbeitet hat, wird sofort gesucht. **Verbands-**mitglied bevorzugt.
Wilh. Schumacher,
 Cottbus (M.-L.), Bahnhofstr. 55.

Tüchtige **Holzdrechsler** finden dauernde Beschäftigung. (Motorbetrieb).
J. Leoff, Alzei (Hessen).

Tüchtige **Möbeldrechsler** sucht für dauernd
Louis Eberlein, elektr. Drechslerei,
 Sora (Neuß).

3-4 tüchtige **Holzdrechsler** werden bei lohnender und dauernder Beschäftigung sofort gesucht. (Kraftbetrieb).
G. Schlösser, Sorge am Harz.

Ein tüchtiger **Drechslergehilfe** auf Bau- und **Möbelarbeit** erhält sofort dauernde Stellung bei gutem Lohn.
Chr. Brodtrück, Dampf Drechslerei,
 Lauterberg (Harz).

3-4 tüchtige **Holzdrechsler** für sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung bei hohem **Affordlohn**.
Heinr. Meier, Zwißte i. Waldeck.

Zwei tüchtige **Drechsler** suchen auf gute Arbeit bei lohnendem Verdienst und freiem **Schlaflohn**.
Emil Pax & Co., Weidenau (Sachsen).

Holz- und Stochdreher, im Feilen und **Facettieren** geübt, gesucht. Dauernde Beschäftigung.
Offenbacher Cellulose- und Hartgummiwaren-Fabrik
 Reich, Goldmann & Co., Offenbach a. M.

Tüchtige **Korbmachergehilfen** auf grüne Arbeit (**Strohkörbe**) sucht
C. Ficke, Eisenburg i. Großherzogtum.

Korbmacher, tüchtige **Gejellsarbeiter**, auf bessere **Korbarbeit**, bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung sucht
Wilh. Menzel, Koburg.

3 **Korbmachergehilfen** auf Grün finden dauernde Arbeit bei gutem Lohn.
H. Kühn, Köpchenbroda b. Dresden.

Für meine **Werkstatt** suche ich bald einen **Korbmachermeister** (am liebsten verheiratet) und 2-3 **Gehilfen** auf **Strohkörbe**.
Heinr. Knopfe, Pirna i. Sachl.

3-4 tüchtige **Korbmachergehilfen** sucht sofort bei hohem Lohn auf **Reise** und **Stroh-**körbe. **Reise** wird vergütet.
Bruno Weisse,
 Schlenau i. Erzgeb. (Sachsen).

2 **Korbmacher**, einer auf **Grün** und einer auf **Strohgehilfen**, der sofort für dauernd gesucht.
Martin Richter, Korbmachermeister,
 Bamgen i. Sachsen.

Sucht sofort ein **jünger Korbmacher** auf **Grün**.
L. Behsen, Trittau (Holstein).

Tüchtige, **erfahrene Korbmachergehilfen** gegen hohen Lohn gesucht.
Ig. Mahr, Mainz.

Tüchtige **Korbmachergehilfen** auf grüne Arbeit erhalten dauernde Beschäftigung bei
A. Fröbel, Stettin.

Gesucht 2 **Korbmacher** auf **Gestellarbeit** bei gutem Lohn.
C. Kuntze, Hamburg, Grindel-Allee 165.

Tüchtige **Korbmachergehilfen** auf **Reise-**körbe sofort gesucht. Soll 11 und 12 **h**, ohne **Stüben** und **Sortiren**.
M. Knape, Eberfeld, Klobbahn 8-10.

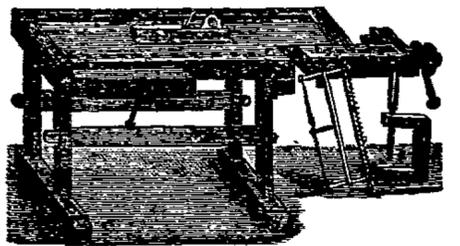
Ein tüchtiger **Korbmachergehilfe** auf **Kohlen-** und **Mübenkörbe** erhält sogleich dauernde Arbeit. **Kost** und **Logis** im Hause.
Gottf. Wölle, Korbmachermeister,
 Bergen auf Rügen.

Zwei **ordentliche Bürstenmacher** finden dauernde Beschäftigung bei
Franz Kaiser, Kölu-Nippes.

10 **Pinselmacher**,
 10 **Borstenzurichter**,
 5 **Streichbürstenmacher**,
 2 **Bürstenmacher**
 finden dauernde Beschäftigung bei hohen **Afford-**preisen in der **Pinsel-**fabrik von
H. W. Kaufmann, Lauterberg (Harz).

Meine **Stellmacherei**, Grundstück, 2 Wohn-, **Werkstatt**, **Scheune**, **Stallung**, **Hof**, **Garten** u. etwas **Land**, beabsichtige ich zu verkaufen. **Preis** M. 4500. **Anzahlung** nach **Uebereinkunft**.
F. Tanneberger, Sprotta b. Eilenburg.

Durch die **Expedition** d. Bl. zu beziehen:
Die Organisation des Handwerks
 erläutert von **Dr. F. Hoffmann**.
 Zweite Auflage mit **Ergänzungsbelt**
 in schmiegsamem Umschlag M. 3, postfrei M. 3,30.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.
Titus Axen, Altona.
 Preislisten gratis und franko.

Neu! Neu!
Photograph. Apparat
 mit **Platten**, **Papier**, **Chemikalien** und **Anleitung** nur M. 1,50.
 Derselbe giebt **haar-**scharfe **Bilder**, 4 x 4 cm.
Probefeld 10 **h**.
 Versand nur gegen **Vorein-**zahlung des **Betrages** und 20 **h** für **Porto**.
Theodor Grotewahl, Kassel.



Zum Schutze der Organisation
 gründete sich am 18. März 1891 nach dem **16mäch-**tigen **Kampfe** der **Tabakarbeiter** um ihr **Koalitions-**recht die
Tabakarbeiter-Genossenschaft
 in **Hamburg**.

Die **Genossenschaft** zahlt keine **Dividende**; den von derselben **Beschäftigten** wird ein **an-**ständiger **Lohn** bezahlt, bei einer event. **Auf-**lösung fällt das **Vermögen** an die **Tabakarbeiter-**Organisation. — An **Arbeiter-**organisationen, **Gewerkschafts-**vereine, **Arbeiter-**Konjunkturvereine event. **direkter** **Verband** zu **Engros-**preisen. **Ver-**meint **erhalten** **Prohibition**.



Genossen! Kauft nur den **Besten** von **Jean Bloss**, **Stein** bei **Nürnberg**.
 „Solidarität“

Tischler-Fachschule
Neustadt i. Meckl.
 Zeichner, Werkführer, Meister.

Bayerische Loden,

Cheviots und Sportstoffe für Herren und Damen sind in Haltbarkeit, Eleganz und Preiswürdigkeit **unerreicht**. Wir versenden zu bekannt niedrigen **Herren- und Damenstoffe**. Alle Arten Tucho, Buckskins, Cheviots, Kammgarn, wasser-dichte Loden, Paletotstoffe, Damentucho, Damenloden, Beige, Fantasiestoffe, Damenkleiderstoffe jeden Geschmacks, Kattune, Flanelle, Waschtstoffe und Baumwollwaaren. Aus der tausendfachen Auswahl offeriren z. B.:

Monopol-Cheviot... 3 m f. M. 6,-	Zu sehr	Damenloden... 6 m für M. 4,68	Zu
Sport-Anzug-Loden... 7,40	gediegen.	rw. Cachemire... 6 m für M. 5,40	eleganten
Lord-Cheviot... 9,-	Anzügen.	rw. Fantasiestoff... 6 m für M. 7,50	Costumes

Muster vom Einfachsten bis zum Hochfeinsten **franco** an Jedermann ohne **Kaufzwang**.
 Angabe des **Gewünschten** erbeten. **Garantie**: **Umtausch** oder **Zurücknahme**. Tausende **Empfehlungen**.
Tuchausstellung, Wimpfheimer & Cie., Augsburg 93.
 Größtes und ältestes **Tuchversandhaus** Deutschlands mit **elektrischem** **Betrieb**.

Nur 12 Mark

kostet bei mir eine

Deutsch-Amerikanische Gitarre-Zither.

Dieses Instrument ist das **neueste**, **beste** und **einfachste**, sofort ohne **Lehrer** nach der beigelegten **Schule** zu **erlernen**. **Mechanik-**mus und **Griffbrett** sind in **Begleit-**gekommen. **Musik** ist wie bei einer **Konzert-**Zither. **Notenblätter** kosten à **Stück** 10 **h**.
 Man bestelle bei
Heinr. Suhr,
Musikinstrumenten-Fabrik,
Neuenrade Nr. 201 (Westf.).

Achtung! Tischler, Polierer u. Drechsler!

Granatpolitur. Sofort **glashart** und **spiegelblank**. Halbe **Arbeit**! **Kein** **Aufpolieren!**
„Bratsch“-Eichen-Wachsbeize in jedem **Farbenton**, **raucht** das **Holz** nicht auf, daher **Schleifen** überflüssig! seit 1866 n. **Angaben** v. **Fach-**genossen **hergestellt** u. **erprobt**.
Prämiert in **Berlin** und **Leipzig**. **Muster** gratis!
C. Bratsch, Ladfabrik, **Heinrichsdorf-Berlin**.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36
Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: **Mattine**, **Salon-Matt**, **Mattlacke**) sind **absolut** **wasserecht**, **tragen** sich **leicht** auf und sind **sofort** **trocken**.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne **Oelan-**wendung) haben sich in den **größten** **Fabriken** **dauernd** **Eingang** **verschafft**.
Paul Horn's wasserechte **Beizen** in allen **Holzfarben**, auch **altmahagoni** und **englischgrün**, **rauen** das **Holz** nicht auf, **prachtvolle** **Farbentöne**, **sofort** **trocken**.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, **farblos** und **färbend**, sind als das **Vorzüglichste** **weltbekannt**, **hochfeiner**, **zarter** **Glanz**, **Geschmeidigkeit** beim **Auf-**tragen, **polirfähig**, **dauerhaft**, **schnell** **trocknend**.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, **einzig** **brauchbare** **Fabrikat** zum **Füllen** der **Holz-**poren mit **Schellack-**masse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit **peinlichster** **Sorgfalt** **gereinigte** **dickflüssige** **Polituren**, die **jeder** **Fachmann** **verwenden** **sollte**.
Paul Horn's Patent-Politur zum **Reinpolieren** erzeugt durch **einen** **einzig-**en **Ballen** **glasharten**, **blitzblanken** **Glanz**, **ent-**fernt alle **Oelwolken** u. **verhindert** **unt.** **Garantie** d. **Oelausschlagen**.
Paul Horn's Copal-, **Berstein-**, **Damar-** und **Asphaltlacke** werden **nur** in **gut** **abgelagerter** und **geprüfter** **Waare** zum **Versand** **gebracht**.
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind **überall** **gelobt**, da **zähe** und **scharf**.
Paul Horn's diverse **Sorten** **Leim** sind **preiswerth** und von **ff. Qualität**.
Paul Horn liefert **1a. rectificirten** **96%** **Spiritus** unter **zollamtlicher** **Kontrolle**.
Paul Horn ist „**preisgekrönt** **Hamburger** **Gewerbe- und Industrie-**Ausstellung 1889.“
Paul Horn erhielt das **Preisdiplom** auf der **Tischlerei-**Ausstellung **Hamburg** 1889.
Paul Horn besitzt das **Ehrendiplom** der **Drechslerei-**Fachausstellung **Leipzig** 1890.
Paul Horn sind viele **Hunderte** **lobende** **Anerkennungen** aus allen **Fachkreisen**, **div. Fachschulen** und **Gewerbe-**Museen über die **Vorzüglichkeit** seiner **Fabrikate** **zugegangen**.
Paul Horn versendet **Preisbücher** **gratis** und **franko**.
1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.